

Bezugspreis:
Bierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., einjährig 100.—
M., halbjährig 50.— M. (einschl. Post-
gebühren). Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Ost- und
Westpreußen, sowie die ehemals preu-
ßischen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 27.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. (Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz).
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wolk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Fremdwelt“ und der
Beilage „Gedlung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Der achtgeleitete Kontrapunkt
beträgt 150 M. „Kleine Anzeigen“
das erste geleitete Wort 1,50 M. (zu-
ätzlich zwei geleitete Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen des ersten
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 13 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnement Zeitl. 1.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erwerbssteuerzuschlag.

Erhalten für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hausgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wörkplatz 15195-97
Expedition Wörkplatz 11753-54

Freitag, den 5. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Wörkplatz 11753-54

Aneinigtheit der Sachverständigen.

Paris, 4. August. (WZ.) Der „Temps“ stellt im heutigen
Leitartikel fest, daß die alliierten Sachverständigen, die den
Auftrag haben, die Teilung Schlesiens vorzubereiten, bis jetzt, wie
öffentlich bekannt sei, noch zu keiner Einigung gelangt seien.
Die Meinungsverschiedenheiten blieben sehr groß und man be-
merkte noch kein Mittel, sie zu überbrücken.

„Temps“ verlangt von der britischen Regierung, dafür zu sor-
gen, daß die Arbeiten der Sachverständigen sich nicht in eine Sa-
gasse verlaufen. Frankreich könne ebensowenig im Obersten Rat
wie in der Sachverständigenkonferenz einer Lösung zustimmen, die
eine Ungerechtigkeit für die Polen sei. Frankreich habe nicht die
vorgesehene Absicht, Polen zu begünstigen, wie es
immer behauptet werde, aber es habe die Pflicht und den Willen, sich
seiner Ungerechtigkeit anzuschließen und den Polen eine Grenze im
Verhältnis zu den von ihnen verlangten Stimmen zu verweigern.
Der „Temps“ erklärt, man wolle die oberschlesische Frage offen und
damit eine klaffende Wunde in dem tranken Europa lassen.
Das könne nicht die Absicht der französischen Freunde sein.

London, 4. August. (EE.) Die englische Regierung erklärt
in einer offiziellen Note, daß die Bestimmungen des Friedens-
vertrages eine Teilnahme Belgiens an den Erörterungen
des Obersten Rates über Oberschlesien nicht gestatten.
Die Frage, ob die belgische Regierung zu anderen Beratungen
eingeladen werden soll oder nicht, hänge von den Gegenständen
ab, die auf der nächsten Session des Obersten Rates erörtert werden
sollen.

London, 4. August. (TL.) Foreign Office erklärt, daß für
den größten Teil von Oberschlesien bereits definitive Beschlüsse vor-
liegen und daß nur noch das Schicksal der zentralen Zone zu
regeln bleibe, in der die Abstimmung ergeben hat, daß die Bevöl-
kerung zur Hälfte deutsch und zur Hälfte polnisch ist.

Polen drohen England.

„Dziennik Berlinski“ meldet aus Beuthen: Im Hinblick auf die
nahe Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht der Verband ege-
maliger polnischer Aufständischer eine Reihe von Forderungen.
Darin heißt es u. a.: Lloyd George hat in Irland wohl noch nicht
die Behre erhalten, daß nationale und wirtschaftliche Bestrebungen
nicht durch Bajonette entschieden werden können. Wir wollen glauben,
daß die Vertreter von Frankreich, Italien und Amerika dem englischen
Projekt nicht beistimmen. Wir erklären, daß wir eine Vergewaltigung
unserer Forderungen durch den Obersten Rat für eine Kampf-
anlage ansehen. Gewalt wird gegen eine einheitliche Front stoßen.
Bajonette fürchten wir nicht.

Pfetz und Rybnik ist zu wenig.

Warschau, 4. August. (DA.) Wegen der Redungen, daß vor-
läufig Polen nur die Kreise Pfetz und Rybnik erhalten, der Industrie-
bezirk dagegen unter der Verwaltung der Entente bleiben solle, hat
die polnische Regierung an den Botschafter eine Note gerichtet, in
der sie unterstreicht, daß eine solche Entscheidung mit den Verfallener
Bestimmungen unvereinbar wäre und die polnischen Interessen
schädigen würde.

Italiener nach Oberschlesien.

Oppeln, 4. August. (DA.) Auf Ersuchen des Generals de Marini
sollen zwei weitere Bataillone italienischer Truppen nächste Woche
nach Oberschlesien geschickt werden.

Der angebliche Mörder Montalegre.

Oppeln, 4. August. (DA.) Die Presseabteilung der Interalliierten
Kommission teilt mit: Am 31. Juli haben die interalliierten
Behörden den Mörder des Majors Montalegre, Leo Joffe aus
Kreuzburg, der von deutschen Eltern in Ruda abstammt, ver-
haftet. Joffe ist Mitglied einer Geheimorganisation in
Beuthen. Er gibt zu, den Major Montalegre am 4. Juli er-
mordet zu haben und dann nach Breslau geflohen zu sein. Warten
wir ab, ob's stimmt!

Keine Ruhe.

Kosel, 4. August. (WZ.) Gestern abend griffen 60 bis 70
bewaffnete Insurgenten aus Tauschau die Stadt Ujest an. Lands-
leute und Polizei vertrieben die Angreifer.

Beuthen, 4. August. (WZ.) In der Stadt hat erneut ein
starker Flüchtlingsstrom, besonders aus den Landgemeinden Fried-
enshütte, Hubertshütte und Hohenlunde, eingeseht. Auch von
Gleiwitz wird starkes Anwachsen des Flüchtlingsstromes ge-
meldet. Aus dem Kreise Tarnowitz mehren sich die Klagen der
deutschen Bevölkerung über Uebergriffe der polnischen Ortswehr.

Der russische Gesandte in Warschau, Karawan, ist dort ein-
getroffen und hat im Hotel de Rome Wohnung genommen.

Für volle Arbeitsfreiheit der Russen, die noch zwangsweise in
Deutschland leben müssen, tritt ein Aufruf ihres neugegründeten
Rentalverbandes an das Internationale Arbeitsamt ein, der sich
scharf gegen all die Unfreiheit in den Lagern und auch in der
Zugensarbeit wendet.

Die Rheinlandbesetzung.

Washington, 4. August. (WZ.) Bei Besprechung mehrerer Ent-
schliessungen über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus
Deutschland erklärte Porter, Vorsitzender des Ausschusses für
auswärtige Angelegenheiten, nach seiner Ansicht würden die ameri-
kanischen Truppen bis zur Regelung der Verhältnisse zwischen
Deutschland und Amerika bleiben, also noch etwa zwei bis drei
Monate.

Düsseldorf, 4. August. (BS.) Die schon außerordentlich
starke Garnison ist vor einigen Tagen noch durch das fran-
zösische Infanterieregiment 178 verstärkt worden, dessen Unterkunft
die Stadt sicherzustellen hat.

Oberschlesienmeldungen verdächtig!

Mainz, 4. August. (BS.) Das Oberkommando der französischen
Rheinarmee hat angeordnet, daß sämtliche Zeitungen Abhandlungen
oder Nachrichten, die auf Oberschlesien Bezug haben, vor ihrer Ver-
öffentlichung der militärischen Zensur vorzulegen haben. Ferner
wird ein für allemal verboten, irgendwelche Nachrichten über inter-
alliierte Truppenbewegungen und Verschiebungen, sowie über den
Transport der für Oberschlesien bestimmten Verstärkungen zu ver-
öffentlichen. Ebenso wurden alle Rundgebungen oder Sammlungen
für Oberschlesien bei hohen Geldbußen und Verbot der Zeitungen
verboten.

Fürsorgestellen.

Eine in Heidelberg abgehaltene Konferenz von Regierungsver-
tretern Bayerns, Hessens und Preußens hat folgende Richtlinien für
die schon seit längerer Zeit in Heidelberg bestehenden Fürsorgestellen
für die besetzten Gebiete aufgestellt:

1. Die Fürsorgestellen für das besetzte Gebiet in Heidelberg
haben allen aus dem besetzten Rheinland ausgewiesenen Per-
sonen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, insbesondere sind sie
beauftragt, Protokolle über die Vorgänge, die zur Ausweisung
führten, aufzunehmen, zu prüfen und auf dem Dienstweg weiter-
zuleiten.
 2. Sie haben bei allen Entschädigungsangelegenheiten, die eine
beschlunigte Vorbescheidung nötig machen, die Vorarbeiten zu
leisten.
- Außerdem sind jedoch in ihren Wirkungskreis einbezogen fol-
gende Aufgaben:
- a) Prüfung aller Meldungen aus dem besetzten Rheinland und
Aufklärung, resp. Richtigstellung irriger Meldungen
auf Grund amtlichen Materials, um jede unnötige Beunruhigung
der Bevölkerung zu verhindern.
 - b) Gewissenhafte Durchsicht der wichtigsten ausländischen, politi-
schen und kulturellen Literatur, soweit sie sich mit dem Rhein-
land befaßt, um sie der deutschen Öffentlichkeit in wort-
getreuer Uebersetzung zugänglich zu machen.
 - c) Beobachtung und sachliche Abwehr aller Loslösungsbestrebun-
gen, die der deutschen Reichsverfassung zuwiderlaufen.
 - d) Auskunfterteilung an das Ausland über das besetzte rhei-
nische Gebiet, insofern Informationen gewünscht werden.

Die Errichtung der Fürsorgestellen in Heidelberg entsprach einem
Bedürfnis des besetzten Rheinlandes. Sie sind Einrichtungen der
beteiligten Länderregierungen, deren Anordnungen sie vollziehen.

Die Luxemburger Armee.

Luxemburg, 4. August. (DA.) Das Großherzogtum Luxemburg,
das den Zollverein mit Deutschland gekündigt und sich jetzt völlig
Belgien wirtschaftlich unterstellt hat, läßt Offiziere für seine Söldner-
truppe, zu deren Modernisierung und Erhöhung es sich der
Entente gegenüber verpflichtet hat, in Frankreich, an der
Militärakademie von Saint-Cyr, ausbilden.

Entlassung von Offizieren.

In Erfüllung der Londoner Entwaffnungsnote der Entente-
mächte sind mit dem gestrigen Tage wiederum 100 Offiziere zwangs-
weise aus der Reichswehr entlassen worden. Es handelt sich
dabei um diejenige Verringerung der Offiziersstellen, wie sie General
Rohlf zwecks Einreichung der höheren Verwaltungsmilitär-
beamten mit der Zahlmeister in die im Friedensvertrage
erlaubte Zahl von 4000 Offizieren nachträglich gefordert hatte. Ihr
ist nunmehr Genüge geschehen.

Südsloweniens Schande.

Prag, 4. August. (DA.) Wie aus Belgrad gemeldet wird,
wurden nach der gestrigen Sitzung der Stupischina auf Verlangen
der obersten Gerichtsbehörde alle kommunistischen Abgeordneten ver-
haftet.

Leibach, 4. August. (WZ.) „Sowensti narodni“ meldet aus
Belgrad, daß auf Grund des neuen Gesetzes zum Schutze des Staates
alle Gemeindevertretungen kommunistischer
Mehrheit aufgelöst und in diesen Gemeinden Neuwahlen
angeordnet werden.

Der Nachfolger Müller-Brandenburgs. Das Kommando
über die thüringische Landespolizei wurde dem Staatsrat Boehme-
Altenburg übertragen. Boehme ist Sozialdemokrat.

Die russische Hungersnot.

Von N. Grigorjanz.

Aus den Zeitungsmeldungen kann der Leser nur einen
schwachen Begriff von dem erhalten, was sich in Rußland ab-
spielt, wie ungeheuer groß die Hungerkatastrophe ist, und was
sie bedeutet. Um es kurz zu sagen, ohne Uebertreibung, ohne
mehr zum Ausdruck bringen zu wollen, als die erbarmungs-
lose Wirklichkeit: Millionen und aber Millionen
von Menschen sind dem Hungertode geweiht,
müssen sterben, Rettung ist nur zum Teil möglich. Das ist
die nackte Wahrheit.

In dieser Situation um Hilfe zu stehen, warme, ans-
Herz gehende Aufrufe zu lassen und um Spenden für die
Hungersnden und Sterbenden zu bitten, erscheint wie eine
Blasphemie. Die ganze Welt, das Gewissen der Welt muß sich
erheben, ein Schrei des Entsetzens muß durch die Völker
gehen, sie aufrütteln, sie in einem elementaren Schwung ver-
einen, alles daranzusetzen, daß das Mögliche zur Rettung
eines großen Volkes getan werde.

Gewiß, die Welt, Europa und ganz besonders Mittel-
europa erleben die Zeit schwerster politischer Verwickelungen.
Die wirtschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit, das Schandwerk
von Versailles, Oberschlesien... Wer glaubt aber, daß die
Entscheidungen, die von den Siegern getroffen und diktiert
werden, Endgültiges, Dauerndes, Bleibendes darstellen?
Schwer fällt es, das alles jetzt zu ertragen, aber was ge-
schieht, ist nicht das letzte Wort der Geschichte, davon ist alle
Welt überzeugt. Anders aber sind die Vorgänge in
Rußland vom objektiven Standpunkte aus zu beurteilen.
Der Bestand eines großen Volkes hat absoluten, ewigen Wert.
Soll das russische Volk seinem Schicksal überlassen bleiben,
so wird mit ihm oder einem großen Teil der in furchtbarem
Chaos zugrunde gehenden Bevölkerung Rußlands auch die
Hoffnung auf die Befriedung Europas in absehbarer Zeit,
auf die Gesundung der politischen Verhältnisse zwischen den
Staaten, auf die Wiederaufrichtung des Wohlstandes der
Völker schwinden müssen. Daher ist die Hungersnot in Ruß-
land jetzt und in den kommenden Monaten das zentrale
politische und wirtschaftliche Problem der
ganzen Welt.

Es wird gefragt: Und der Bolschewismus, wird er nicht
aus der ganzen Aktion nur Kapital für sich schlagen? In dieser
großen Not können wir nicht daran denken. Es handelt sich
um Millionen von Menschen, die in den Künften der Po-
litik gar nicht bewandert sind, die buchstäblich hungers sterben,
vor Hungerqualen in Wahnsinn verfallen, von Epidemien,
Cholera, Typhus usw. niedergemäht werden. Wenn angesichts
dieser Situation vereinzelte Stimmen laut werden, die, auf die
Bolschewiki hinweisend, jede Hilfeleistung ablehnen oder poli-
tische Zugeständnisse von ihnen abhandeln wollen, so können
wir sie damit entschuldigen, daß sie wahrlich nicht wissen, was
sie tun. Für uns sind andere Gesichtspunkte maßgebend: in
der Stunde dieser elementaren Not muß geholfen wer-
den, da fragt kein anständiger Mensch danach, ob geholfen
werden soll oder nicht. Treiben die Bolschewiki mit der Hilfe-
leistung in irgendeiner Weise Mißbrauch, so fällt die Verant-
wortung auf sie.

Aber auf die soeben aufgeworfene Frage muß, unab-
hängig von alledem, grundsätzlich geantwortet werden. Der
Bolschewismus in Rußland wird überwunden werden,
wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse gesünder werden.
Nicht: je schlimmer, desto besser, desto schneller das Ende des
unerträglichen Regimes, sondern: je schneller die Wiederher-
stellung mehr oder weniger erträglicher wirtschaftlicher Zu-
stände, desto leichter und schmerzloser wird die Ablösung ein-
treten, dann verschwindet von selbst dieses unfähige, nur durch
Anwendung roher Gewalt sich haltende Regime, wie der
Schnee unter der Einwirkung der Frühlingssonne.

Als Politiker dürfen wir uns selbstverständlich den Blick
nicht trüben lassen. Wir müssen, wenn auch die Hilfsaktion mit
voller Aufrichtigkeit, ohne politische Hintergedanken und Ne-
benzwecke, geführt werden soll, uns über die Lage, ihre Ur-
sachen und Bedeutung klar sein. Das ist für jeden denkenden
Menschen eine Notwendigkeit, um so weniger darf die So-
zialdemokratie die Zusammenhänge außer acht lassen.

Brach unter dem Zarenregiment eine Hungers-
not aus — und das geschah während der letzten Jahrzehnte
in mehr oder weniger großem Umfange beinahe jedes dritte bis
vierte Jahr —, so gab es damals über die Ursache nur eine
Meinung. Mochte die Regierung — wie auch die gegenwärtige
Regierung dies tut — in ihren Manifesten die Tücke der
Natur als die Ursache des Unglücks anführen, niemand glaubte
es ihr. Mit imponierender Uebereinstimmung urteilte die ge-
samte Öffentlichkeit anders als die Regierung. Man wußte,
daß die Grundursache gerade darin lag, daß das politische Re-
gime jeden Fortschritt in der Landwirtschaft, der unmittel-
baren Erwerbsquelle von mindestens vier Fünfteln der Be-
völkerung niederhielt, daß sich die menschliche Lastrast nicht
entfalten konnte. Das war der Fluch dieses Regimes, daß es
im Zeitalter der fortgeschrittenen landwirtschaftlichen Kultur
die Bevölkerung dazu verdammt, ihr Wohlergehen nicht ja

sehr von der eigenen Hände Arbeit, als hauptsächlich von der Einwirkung atmosphärischer Ereignisse zu erwarten. Das Regierungssystem, das dem Bauern den Gebrauch des eisernen Pfluges nicht beibringen konnte, sorgte stets peinlichst dafür, daß es einen Popen gab, damit er, unter Borantragung des Kreuzes, an der Spitze einer Prozession, durch die Felder wanderte und Gott um Regen anflehte.

Es ist eine furchtbare, nicht zu widerlegende Tatsache: auf dem Lande hat sich seitdem nichts zum Besseren geändert. Im Gegenteil: die Verwahrlosung der Landwirtschaft ist ungeheuerlich. Die Anbaufläche ist bis auf die Hälfte zusammengeschrumpft, der Viehbestand dezimiert, also keine Arbeitshilfe, kein natürlicher Dünger, keine einigermaßen rationelle Bewirtschaftung, kein Saatgut, keine Maschinen, nichts! Willkür, Unsicherheit und öffentliche Lasten tun das übrige, um jeden Anreiz zur Besserung zu nehmen. Und dann das Fehlen der Anweisung, des Anspornes! Wäre das gegenwärtige Regime, wie es vorgibt, eine Herrschaft „der Arbeiter und Bauern“, so würde es — trotz der durch den Bürgerkrieg bedingten Erschwernisse — die schlummernden Kräfte des Volkes derart entfesselt haben, daß ungeahnte Erfolge eintraten. Daß aber alles so gekommen ist, wie wir es heute sehen, darin liegt das historische Urteil über das bolschewistische Regime genau so, wie die Hungerkatastrophen in der Jarenzeit, von denen, nebenbei bemerkt, keine an die gegenwärtige heranreicht, die innere Fäulnis und Hohlheit des Systems offenbart.

Und doch gibt es jetzt nur eine Lösung: Helfen!

Russische Hilfsgefandte.

Riga, 4. August. (Df.) Das Rostauer Hilfskomitee hat beschlossen, folgende Delegierte ins Ausland zu entsenden: den früheren Reichsdumapresidenten Solowin, den früheren Minister der Kerenki-Regierung Prokopowitsch und dessen Frau, die bekannte Journalistin Kulkona, die Tochter Tolstois Alexandra Tolstol, den Bakteriologen Prof. Tarasewitsch und den ehemaligen Vorsitzenden der Rostauer Genossenschaftsbank Amfarskissow. Maxim Gorki reist in besonderem Auftrage ins Ausland. Der Genossenschaftler und Kommunist Chintschuk wird von der Zentralhilfskommission des Wladrussischen Zentrallegationskomitees ins Ausland entsandt.

Paris, 4. August. (Df.) Briand hat in Sachen der Hilfsaktion Kerensti empfangen.

Arbeiterchaft und Rechtspflege.

Wie wir gestern mitteilten, hat der Reichsjustizminister an die Länder ein Rundschreiben gerichtet des Inhalts, daß künftig in weit größerem Umfange als bisher Arbeiter in die Laienjustiz (Schöffengerichte und Geschworenengerichte) entsandt werden sollen. Wir begrüßten diesen Erlaß als einen Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Rechtspflege und äußerten die Ueberzeugung, daß die Arbeiterchaft selbst der gleichen Ansicht sein werde. Anderer Meinung ist natürlich die „Rote Fahne“. Wie sie konsequent alles ablehnt, was zum Ausbau der demokratisch-sozialen Republik dient und damit die kapitalistische Gesellschaftsform überwinden hilft, so auch die Entsendung von Arbeitern in die Rechtspflege. Sie ist der Meinung, daß nach wie vor revolutionäre Arbeiter ins Zuchthaus wandern werden, auch wenn die Arbeiter als Geschworen fungieren.

Im Gegensatz zu diesem merkwürdigen „Arbeiterblatt“ sind wir der Ansicht, daß das Rechtsverständnis der Arbeiterchaft nicht so gering anzuschlagen ist, wie es von der „Roten Fahne“ geschieht. Wir sind vielmehr der festen Ueberzeugung, daß durch die Hineintragung des sozialen Gedankens in die Rechtspflege dieser nach und nach ein Teil ihres Klassencharakters genommen werden wird, den sie heute in erschreckendem Maße zeigt. Richtig ist, daß durch die

Hinzuziehung von Arbeitern zu Schöffen- und Geschworenengerichten eine Aenderung der bestehenden Gesetze, in diesem Falle des Strafrechts und des Strafprozesses, nicht erfolgt; es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Bestrebungen auf eine Reform der Justiz an Haupt und Gliedern, die sich schon heute allerorten bemerkbar machen, durch die praktische Mitwirkung der Arbeiterchaft eine wesentliche Unterstützung finden werden.

Manchem „gelehrten“ Richter wird es nicht angenehm sein, sich von einem rechtsunkundigen Arbeiter hineinreden zu lassen; doch gerade von diesem Gesichtspunkte aus muß es lebhaft begrüßt werden, wenn der gesunde Menschenverstand die fachmäßige Schulung ergänzt und unterstützt. Der Arbeiterchaft, der durch den Erlaß des Reichsjustizministers ein an sich selbstverständliches Recht ausdrücklich verbrieft wird, erwächst die Pflicht, ihrerseits alles Erforderliche zu tun, um sich in die nicht immer einfache Materie hineinzuarbeiten und durch ständige Mitarbeit schließlich den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Man darf ohne übertriebenen Optimismus annehmen, daß die Arbeiterrichter die große Aufgabe, die ihnen zugefallen, in ihrer vollen Bedeutung erkennen und hierdurch die Gefahr vermeiden werden, durch gewandte Fachrichter irreführt oder in die Bahnen der Klassenjustiz gelenkt zu werden.

Der Schrei nach dem „Fachmann“.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Jedesmal, wenn eine nicht aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangene Persönlichkeit in eine leitende Staatsstellung berufen wird, pflegt die „Df.“ und mit ihr der ganze reaktionäre Blätterwald den bekannnten Schrei nach dem „Fachmann“ auszustößen. Den letzten Anlaß hierzu bot bekanntlich die Ernennung des U.S.P.-Reichstagsabgeordneten Rappel zum Amtshauptmann von Leipzig. Daß dieses Treiben eitel Witz und Heuchelei ist, weiß jeder, der die deutschnationalen und volksparteilichen Ideengänge kennt. Nicht den „Leuten vom Fach“, sondern den „Leuten von der Farbe“ gilt der Ruf. Dabei ist es vollständig gleichgültig, ob diese „Fachleute“ etwas wissen und können. Hauptfrage ist und bleibt, daß sie reaktionär gesinnt und bereit sind, als Eiddreher im Wirkungsbereich ihrer amtlichen Stellen an dem Sturz der verhassten Republik mitzuarbeiten. Als Beweis hierfür diene folgende Notiz aus Nr. 174 der „Deutschen Tageszeitung“:

Demokratische Liebesbrüder. Bezeichnend für die unbedingte Unterordnung, die die bürgerliche Demokratie freiwillig unter die Sozialdemokratie vornimmt, ist ein Vorgang, der sich kürzlich in Jasterburg abgespielt hat. Dort stand die Wahl des Landrats an. Für den Posten waren zwei Kandidaten vorhanden: der bisherige kommissarische Landrat, Regierungsdirektor Grimpe, der von der Sozialdemokratie auf den Schild erhoben war (S. ist selbst nicht Sozialdemokrat. Red. des „D.“) und ein demokratischer Anwärter Jansen (also kein Berufsbeamter oder „Fachmann“, Red. des „D.“), für den auch die übrigen bürgerlichen Kreisabgeordneten eintraten. Die demokratischen Kreisabgeordneten wählten bezeichnenderweise nicht ihren eigenen Parteifreund, sondern den Kandidaten der Sozialdemokratie und führten diesen damit zum Siege. Sie taten das auf Grund eines Abkommens zwischen der demokratischen und sozialdemokratischen Parteileitung, zum Teil gegen ihre eigene Auffassung. Soweit also geht bereits das trauliche Liebespiel zwischen Demokraten und Sozialdemokraten, daß die ersteren sich jedes eigenen Willens begeben, nur um die „höheren Interessen“, die in dem Wohlwollen der Sozialdemokratie bestehen, nicht zu schädigen. Auf Selbstbemühen und Selbstachtung scheint die Demokratische Partei keinen Anspruch mehr zu erheben.

Was hier der Demokratischen Partei gesagt wird, interessiert uns nicht. Ausschlaggebend ist für uns, was ein aufmerksamer Leser aus der Notiz entnehmen muß. Mit der ganzen Unvorsichtigkeit eines Menschen, der den Zusammenhang und die Tragweite seiner nach allen Windrichtungen ausstreuten eigenen Lügen nicht mehr zu übersehen vermag und dadurch der Wahrheit ungemollt zum Siege verhilft, wird in der Notiz, daß es der Reaktion nicht auf die Tüchtigkeit im Fach, sondern nur auf die Tüchtigkeit der Ge-

innung ankommt, einwandfrei bewiesen. Der „Fachmann“ ist da. Doch was heißt hier „Fachmann“? Er wird von dem reaktionären Kluge bekämpft, weil er „von der Sozialdemokratie auf den Schild erhoben“, also der Sympathie mit sozialistischen Gedanken verdächtig erscheint. Ungefährlicher als ein derart „Verleumter“ erscheint schon der rechtsgerichtete Demokrat, auch wenn er kein Fachmann ist. Folglich wird keine Kandidatur gestiftet. Und anstatt der Demokratischen Partei Anerkennung dafür zu zollen, daß sie den angeblichen Prinzipien der Rechtsparteien gemäß in selbstloser Weise ihre Stimme nicht ihrem „Parteiemann“, sondern dem „Fachmann“ gab, pöbelt man sie aus Wut über den Sieg des „Verdächtigen“ an und übersteht dabei, daß man sich selbst stark kompromittiert. Kann das wahre Gesicht deutschnationaler Verlogenheit noch besser enthüllt werden? Sie hat sich durch die Notiz ein Verdienst erworben, das hoffentlich seine Früchte tragen wird.

Die kommunistischen „Treuhandler“.

Der Verteidiger von Eckert u. Gen., Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, schreibt uns zur Erweiterung auf die Ausführungen Emil Barths folgendes:

Nach dem mir vorliegenden Kontoauszug der Dresdner Bank vom 3. August 1921 für die Herren Emil Barth, Karl Hagen und Paul Eckert, Unterstützungskomitee der Berliner Arbeiterchaft, sind von dem Konto am 18., 19. und 20. November 1920 insgesamt 375 000 M. — i. B. Dreihundertfünfundfiebzigtausend Mark — abgehoben worden. Nach dem mir ebenfalls vorliegenden Kontoauszug einer anderen hiesigen Großbank vom 3. August 1921 für die Herren Eckert, Walter und Hagen, Unterstützungsfonds der Groß-Berliner Arbeiterchaft, sind dort am 30. November 1920 375 000 M. — in Buchstaben dreihundertfünfundfiebzigtausend Mark — eingezahlt worden. Den Namen der Großbank verschweige ich der Deffentlichkeit aus Gründen, die auch Herrn Emil Barth verständlich sein sollten.

Dieser Kontoauszug ergibt ferner einen Kreditsaldo von 247 675 M. am 3. August 1921. Für Unterstüßungen sind also vom 30. November 1920 bis 3. August 1921 127 325 M. von der Bank erhoben worden, zusätzlich der seitdem für die Unterstützungskommission eingegangenen, bei der Bank eingezahlten und wieder abgehobenen Beträge.

Es ist unwar, daß auch nur ein Pfennig der Gelder des Unterstützungsfonds der Berliner Arbeiterchaft an die „Rote Hilfe“ überwiesen worden ist.

Auf die Beschimpfungen und entehrenden Unterstellungen des Herrn Barth zu antworten, ist unter meiner Würde.

Die Würde Dr. Herzfelds berührt uns ebensowenig wie das Temperament Emil Barths. Wir sind lediglich an der Aufklärung des Sachverhalts interessiert. Und da steht auch nach den Erklärungen Dr. Herzfelds fest, daß zwei Treuhänder hinter dem Rücken des dritten Treuhänders Gelder beiseite gebracht haben. Dr. Herzfeld kommt es naturgemäß darauf an, seine Klienten vor juristischen Unannehmlichkeiten zu bewahren; das darf man ihm nicht verübeln, das ist sein Geschäft. Aber außerdem hat die Sache doch für Leute, denen Treu und Glauben noch etwas bedeuten, auch eine moralische Seite, und in dieser Beziehung bleiben alle Wiederbelebungsversuche, die Dr. Herzfeld an seinen Schütz-befohlenen unternimmt, erfolglos.

Säuberung auf Vorkum.

Wegen der kürzlich gemeldeten Vorgänge auf Vorkum hat der Reichswehrminister eine Untersuchung einleiten lassen, die in der Hauptsache abgeschlossen ist. Auf Grund des Ergebnisses hat der Reichspräsident die sofortige Entlassung des Kommandeurs der Küstenwehrabteilung, Korvettenkapitän Abendroth, verfügt. An die Stelle des entlassenen Kommandeurs ist bereits ein anderer Seeoffizier getreten. Es werden außerdem zwei weitere Offiziere und der Oberwachmeister Triebel verabschiedet. Gegen den Heizer Gröbke schwebt das Verfahren noch.

Nach seiner Behauptung ist es während der letzten Diätperiode in den Zuschauerräumen der Berliner Theater um 5 bis 6 Grad höher gewesen als in den Berliner Restaurations- und Wohnräumen.

Verpöbelte Rettung der Sittlichkeit. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat den vor anderthalb Jahren erschienenen Roman „Gordell“ von Curt Corriand jetzt beschlagnahmt. Da das Werk bereits in vielen tausend Exemplaren verbreitet ist, so hätte es diese obrigkeitliche Reklame eigentlich nicht mehr nötig.

Oslo-Götter, der Begründer und langjährige Verwalter einer wertvollen Bücherammlung, die er aus eigenen Mitteln zusammengedruckt und dann der Stadt Berlin geschenkt hatte, ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Die Obrißliche Bibliothek, die zahlreiche seltene Erstausgaben enthält und besonders für die Berliner Lokalgeschichte von Wichtigkeit ist, war zuletzt im Mär-tischen Museum untergebracht, mußte aber, seitdem Götter wegen seines hohen Alters nicht mehr persönlich verwalten konnte, leider der öffentlichen Verwahrung entzogen werden. Hoffentlich findet die Berliner Stadtverwaltung jetzt Mittel und Wege, um sie der Forschung wieder zugänglich zu machen.

Die Außeninstitute der Technischen Hochschulen werden am 1. Oktober ins Leben treten.

Zur stärkeren Verbindung der Hochschulen mit den Aufgaben des praktischen Lebens hat der preussische Kultusminister bestimmt, daß zunächst versuchsweise an jeder Technischen Hochschule eine freie Vereinigung gebildet wird, welche insbesondere Fortbildungskursen für Männer der Praxis ihre Pflege widmet. Diefem „Außeninstitut“ können grundsätzlich sämtliche an einer Hochschule tätigen ordentlichen, außerordentlichen und Honorarprofessoren, sowie die Dozenten und Privatdozenten angehören; die Beteiligung ist freiwillig. Das Außeninstitut hat das Recht, daneben Personen, die außerhalb der Hochschule stehen, mit Einzelvorträgen oder in längerer Mitarbeit zu beteiligen. Das Außeninstitut muß seine Ausgaben durch eigene Einnahmen decken. Die Staatskasse darf durch seine Tätigkeit nicht belastet werden. Die Durchführung der Aufgaben des Instituts kann, wenn es die Umstände als zweckmäßig erscheinen lassen, auch außerhalb des Ortes der Hochschule erfolgen.

Wenn diese Reuerung richtig angewandt wird, so kann sie den Technischen Hochschulen Beseenheit geben, in einer wirksameren Weise als bisher in die praktische Arbeit des Wirtschaftslebens einzugreifen.

Ausbreitung und Bekämpfung der Tuberkulose. Die zweite Versammlung der Internationalen Vereinigung gegen Tuberkulose hat vor kurzem in Westminster in England stattgefunden. Der englische Gesundheitsminister gab einen Ueberblick über die Fortschritte der Tuberkulosebekämpfung in Großbritannien. England besitzt gegenwärtig 412 Armenapotheken, 341 Beamte zur Bekämpfung der Tuberkulose und 18 050 Betten zur Aufnahme von Kranken, die in den nächsten zwei Jahren um 3500 Betten vermehrt werden. Es waren im Jahre 1920 26 000 Tuberkulosefälle und 7700 Todesfälle durch Tuberkulose weniger als 1914.

Nach Mitteilungen anderer Delegierter ist die Todesziffer durch Tuberkulose in Frankreich sehr groß. Allein im Kriege haben

Eine Schädigung unseres Kunstbesitzes.

Von Dr. L. Thormachien,

wissenschaftlichem Hilfsarbeiter an der Nationalgalerie.

Im obersten Stockwerk der Nationalgalerie befindet sich die Sammlung Wasmannscher Gemälde, eine Leihgabe des in Berlin lebenden Norwegers Bern Grønnoold. Wasmanns Kunst war seit Jahrzehnten vergessen, bis dieser Ausländer, der zufällig in einem Itzler Bürgerhause vor wundervollen Bildnissen in Entzücken geriet, den Meister wieder entdeckte, seinen Spuren nachging und das Gesammelte hochherzig der größten modernen Galerie des Landes, aus dem der Künstler stammte, als Leihgabe zur Verfügung stellte.

Diese Bilder Friedrich Wasmanns (es befinden sich in der Sammlung Grønnoold noch andere ältere Meister; namentlich Landschaften des Malers Martin Rohden und ein paar Stücke von der Hand Seibis) sind so ziemlich das Deutschste, was man sich denken kann. Tief, schwerblütig, ergründend und von einer ungemainen Zartheit, Schlichtheit, Anspruchslosigkeit und Befülltheit in der Malweise. Es handelt sich fast ausschließlich um Bildnisse, aber diese Bildnisse sind mehr als nur Konterfei, sie sind weltaltig und in ihrer Typik umfassend wie die Bilder Holbeins. Wer die Darstellungen sind, wissen wir kaum mehr, aber das ganze Zeitalter Goethescher und romantischer Welt von dem Revolutionsbürger über den Hinterwälder bis zu dem modernen Kaufmanns- und neuzeitlichen Frauentyp. Die Kunst entsand an der Wende des Nazarenertums zum bürgerlichen Genre in den 1830er Jahren, aber in welcher Verantwortung der Prägung, bei welcher scheinbarer Bedeutungslosigkeit des Gegenstandes!

Und diese Sammlung soll nun wieder zurückgenommen werden, und der Deffentlichkeit, jedenfalls der Berliner, verloren gehen! Der Grund ist „Abfällige Kritik in Kunstzeitschriften“ oder, sagen wir es deutlicher: veralbernde und abschätzbige Bemerkungen des Professors Curt Glaser in einem bereits einige Jahre zurückliegenden Artikel wurden die Ursache des tiefen Grolls und der Verstimmung des Besitzers, denen letzterer nicht sogleich nachgab.

Nach echt deutscher Art kam, nachdem mit Dank und Freude die Sammlung von maßgebender Stelle angenommen war, von nicht-maßgebender, aber doch nicht ganz unverantwortlicher Seite (den Herr Professor Glaser gehört als Beamter der Verwaltung der Berliner Museen an) eine Taktlosigkeit und eine Kritik, die weniger sachlich als wügelnd ist und jedenfalls unwirgend in der Geste, denn sie nimmt, abgesehen von dem Versuch, Wasmanns Kunst ins Romische zu ziehen, ein Objekt, an dem die Deffentlichkeit das sorgsamste Interesse haben sollte, zum Gegenstand, um eine Parteimeinung daran ausszusprechen. Das gleiche geschah von Karl Scheffler Anfang 1914, nachdem

noch zwei Jahre zuvor ihm kein Name (Ingres, Clouet, Verbl, Holbein) hoch genug war, um den Wert Wasmannscher Kunst darzutun. Die genannten Herren sind die, auf die ein Teil der Berliner in Kunstdingen am meisten hört. Ein Mann wie Grønnoold muß angewidert werden von dem Mangel an Haltung und dem völligen Vergessen der Würde in unserem offiziellen Berliner Kunstschritium. Denn daß diese Herren Wasmannsche Kunst für entbehrlich hielten in einer Schaustellung deutscher Kunst, glaubt ihnen kein Mensch, glauben sie selbst am wenigsten oder sie würden sich lächerlich machen. Um so bedauerlicher, daß sie, um andere Absichten zu verfolgen, diese billige Art von Mitteln angewandt haben. Denn es ist bekannt, daß die Kunst Wasmanns einem von jenen Herren vertretenen Ideal von „gepflegter“ Malerei — was die Franzosen „peintures“ nennen — aufs äußerste widerspricht. Wasmanns Kunst ist aber mehr als nur gute Malerei!

Der Verlust — wenn Kunst durch Zahlen überhaupt ausgedrückt werden darf — eines Millionenobjektes durch die gedruckten Wortwitze zweier Herren, kommt der Deffentlichkeit sehr teuer zu stehen.

Diesen Ausführungen eines Mitarbeiters der Galerieleitung möchten wir im Namen der Berliner Kunstfreunde folgendes hinzufügen: Vielleicht ist es möglich, Herrn Grønnoold durch die Versicherung, daß das kunstliebende Deutschland und das kunstliebende Berlin sich die Auslassungen der Herren Glaser und Scheffler keineswegs zu eigen gemacht hat, noch in letzter Stunde zur Aufgabe seiner Absichten zu bewegen. Diese Versicherung kann mit gutem Gewissen jeder geben, der Gelegenheit hat, das ständig wachsende Interesse der Galeriebesucher an den Schätzen der Sammlung Grønnoold zu beobachten — ein Interesse, das jetzt besonders lebhaft zutage tritt, wo die Nachricht von dem drohenden Verlust in der Deffentlichkeit bekannt geworden ist.

Das Schicksal des Niederländischen Palais. Dem Wolff-Bureau wird „von beteiligter Seite“ mitgeteilt: Die Meldungen über das Schicksal des Niederländischen Palais sind dahin richtigzustellen, daß das Hausministerium nur einen Vorschlag der Discontogesellschaft auf zeitweise Vermietung des Niederländischen Palais unter voller Erhaltung des Bauwerks entgegengenommen hat, daß aber über diesen Vorschlag Verhandlungen noch nicht geführt worden sind und daß es sich bei dem Vorschlag um einen Verkauf oder gar um Niederlegung des Gebäudes überhaupt nicht handeln kann.

Wenn man nicht weiß, wer die „beteiligte Seite“ ist, wird man dieser Nachricht etwas skeptisch gegenübersehen dürfen. Es wäre doch wohl das einfachste, daß das „Hausministerium“ (gibt es denn so etwas noch?) höchstselber zum Volke herabstiege und sich zu der Sache ungewidertig äußerte.

Das Theater als Bühnenraum. Selbst der opferwilligste Kunstfreund hat in heiligen Tagen eine Abneigung gegen den Theaterbesuch. Daß diese Abneigung auf einem irrtümlichen Vorurteil beruht, versichert der Verband Berliner Bühnenleiter.

Das „einstweilige“ Stadtparlament.

Zusammentritt der früheren Stadtberordneten. — Die rechte Seite sabotiert die Arbeit.

Die aufgelöste Stadtverordnetenversammlung trat auf Grund der Notverordnung gestern wieder zusammen, um bis zu den Neuwahlen als „einstweilige“ Stadtverordnetenversammlung zu fungieren. Den rechtsstehenden Fraktionen genügt nicht der Erfolg, den sie vor dem Oberverwaltungsgericht gehabt haben. Sie waren in Kräftestimmung und zeigten das Bestreben, die „einstweilige“ Stadtverordnetenversammlung möglichst überhaupt nicht zur Arbeit kommen zu lassen. Ein paar kleine Vorträge mislingen, aber in den Verhandlungen über die vom Magistrat jetzt mit 7 1/2 Prozent beantragte Lohn-erhöhung für die Gutsarbeiter setzen sie ihren Willen durch. Sie beantragen namentliche Abstimmung, verlassen dann den Saal und erreichen so, daß wegen festgestellter Beschlussunfähigkeit die Sitzung abgebrochen werden mußte. Ein vielversprechender Anfang!

Sitzungsbericht.

Um 5.20 Uhr erklärt Bürgermeister Ritter, den Sitz des Vor-siebers einnehmend, die erste Sitzung der einstweiligen Stadtverordnetenversammlung für eröffnet und verliest den Wortlaut der am 1. August veröffentlichten mit Gefeheskraft ausgestatteten Notverordnung, die die bisherigen Mitglieder der aufgelösten Versammlung bis zum Zusammentritt der neugewählten zur Fortführung der regelmäßigen und der keinen Ausschub duhdenden Geschäfte verpflichtet.

Zunächst hat die Versammlung sich zu konstituieren. Auf Vorschlag Frank (Soz.) wird der bisherige Vorstand wiedergewählt. Dr. Wehl übernimmt den Vorsitz und spricht im Namen des Vorstandes der Versammlung den aufrichtigen Dank für das durch diese Wiederwahl bekundete Vertrauen aus. (Heiterkeit.) Auch bittet er um die nachdrücklichste Unterstützung aller Parteien bei der Geschäftsführung, damit die einstweilige Stadtverordnetenversammlung während der etwa drei Monate währenden Gasgenfrist bestehen könne.

Auf Vorschlag Caspari (DVP.) wird auch die alte Geschäftsordnung wieder in Kraft gesetzt.

Eingereicht sind mehrere Anträge. Die Stadtv. Sabel u. Gen. (Komm.) verlangen Auskunft vom Magistrat über die Schließung der Männerheimstätte Buch, sowie darüber, ob durch die Schließung die Bekämpfung der Tuberkulose etwa eine Einschränkung erfährt. — Stadtmedizinalrat Dr. Rabenow erklärt, die Schließung sei notwendig geworden; die Patienten würden, soweit sie der Heimstättenbehandlung bedürfen, in anderen Heimstätten, sonst in Krankenhäusern untergebracht.

Heimann (Soz.) bemängelt, daß der Vorsteher, indem er die sofortige Beantwortung der Anfrage zuließ, von der eben erst für maßgebend erklärten Geschäftsordnung schon im ersten Augenblicke abgewichen sei, deren Vorschriften durch sein Verfahren verletzt seien. — Dr. Wehl glaubt, bei seinem Verfahren vollkommen auf dem Boden des Rechts gestanden zu haben, beruft sich zudem auf die frühere Praxis. — Dove (Dem.) hält diese Berufung für unzulässig.

Eine zweite Anfrage, die von der DVP. eingereicht ist, betrifft die Zeitungsmeldungen, wonach der Hauptstille für Kriegsbeschädigte, insbesondere den Stadträte Weise und Stait, grobe Mißbräuche zum Vorwurf gemacht werden.

Stadtrat Stoll erklärt, er würde für die Beantwortung mindestens 1 1/2 Stunden gebrauchen, und ersucht im Einverständnis mit dem Bürgermeister, diese Sache um eine Woche zu vertagen; dann werde die Reugier der Anfrager befriedigt werden. (Lebhafte Zwischenrufe rechts: Oberfaul! Es muß etwas vertuscht werden!)

Eine dritte Anfrage, durch die die Demokraten Auskunft über die Entlassung des Dr. Rudolph fordern, wandert ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

In Erledigung der 60 Gegenstände, die die Tagesordnung umfaßt, wird zunächst die Abänderung der Wertzuwachssteuerordnung angenommen, die Vorlage betr. die Steuer auf Kraftdroschen usw. dem Ausschub zurückgegeben und so dann in die Beratung der Ausschubvorschläge betr. Genehmigung verschiedener Kellamunternehmen eingetreten. Der Ausschub von Hallenunternehmungen (DVP.), daß diese Vorlage nicht dringlich und somit der Kompetenz dieser Versammlung entzogen sei, widerspricht sehr entschieden der Kammerer Dr. Rading. — Nach

weiterer Erörterung gelangen die Ausschubantäge gegen die Bürgerlichen zur Annahme.

Eine große Anzahl von Vorlagen von minderer Bedeutung wird größtenteils ohne jede Erörterung verabschiedet. Bei der Beratung der Vorlagen betr. die Schöpfung und die Bildung der Deputation für Arbeit und Gewerbe entwickelt sich eine ausgedehnte Debatte über die Frage, ob die heutige Sitzung eine Ferialsitzung der alten Versammlung oder eine ordentliche Sitzung der kommissarischen Versammlung sei. Neben Dr. Caspari vertritt auch Dr. Steiniger (Dnat.) die erstere Auffassung. Schließlich wird mit Mehrheit die Feststellung getroffen, daß es sich heute um keine Ferialsitzung handelt. — Die beiden erwähnten Vorlagen werden an den Ausschub zurückverwiesen.

Hierauf wendet sich die Versammlung der Angelegenheit des Gutsarbeiterstreiks

bzw. dem Antrage Wehl wegen Gewährung einer Lohnzulage an die städtischen Guts- und Landarbeiter und der Magistratsvorlage wegen Bewilligung von 7 1/2 Proz. Zuschlag zu dem Barlohn mit Wirkung von 1. April 1921 zu.

Deutsche Volkspartei gegen die SPD. und den „Vorwärts“.

Dr. Neumann (D. Vp.) spitzt seine Argumentation über den Ausgang der Bewegung auf eine scharfe Polemik gegen die SPD. und gegen den „Vorwärts“ zu. Einen sachlichen Grund für die Lohnhöhung habe auch der „Vorwärts“ nicht anführen können, er habe lediglich die Vermeidung des Generalstreiks betont. Letzterer aber habe gar keine Aussicht und auch die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht für sich gehabt. Die SPD. sei vor der Wählerschaft oder vor der Straße zurückgewichen, ihrem Umsall sei das jetzige Ergebnis zu danken. Die Borchardtsche Erklärung, daß hinfür nur Ausgaben bewilligt werden dürften, für die Deckung da sei, habe nunmehr allen Wert verloren. Auch diese Episode mache es zur Notwendigkeit, die sozialistische Mehrheit bei den nächsten Wahlen zu brechen. (Lachen links.)

Zimmermann (U. Soz.) hält der Deutschen Volkspartei ihr Säulenregister vor; mit ihr sei ein Treu- und Glaubensverhältnis kaum möglich. Redner beantragt, den Gutsarbeitern statt 7 1/2 Proz. Zuschlag 10 Proz. und ein Mitbestimmungsrecht nach Maßgabe des Tarifvertrags der städtischen Arbeiter sowie bei Abschluß und Erneuerung von Pachtoverträgen zuzubilligen, eod. 7 1/2 Proz. Zuschlag zum Barlohn und zum Deputat. — Sehr abfällig äußert er sich über den Zustand der Wohnungen der Gutsarbeiter und über die Unterbringung der Schnitter.

Dr. Steiniger (Dnat.): Eend wäre der Generalstreik zugrunde gegangen. Jetzt muß der Magistrat eine solche Vorlage machen, die einen kläglichen Umsall bedeutet!

Stadtrat Koblenzer: Der Magistrat hat nachgegeben, weil auch in Magistratskreisen

ein Mitfühlen mit der Lage der Gutsarbeiter

vorhanden war und kein Magistratsmitglied meint, daß es den Gutsarbeitern rosig geht. Der Magistrat muß auch die Stimmung in den Arbeiterkreisen und in den Fraktionen beachten; die Mehrheit der Versammlung hatte schon lange vor dem drohenden Generalstreik Entgegenkommen für die Gutsarbeiter gefordert. Der Magistrat zieht einen Vergleich vor; er broucht auch in der Versammlung eine Stütze, sonst verliert er den Boden unter den Füßen. — Nachdem der Magistratsvorsteher noch auf die Wohnungsverhältnisse eingegangen ist, bittet er dringend, die Vorlage nicht durch weitergehende Forderungen zu gefährden.

Dörre (Komm.) geht nach einer Schilderung der mangelhaften Wohn- und Unterbringungsverhältnisse näher auf die Ursachen ein, die die Stimmung in der Arbeiterschaft dem Solidaritätsstreik günstig gestaltesten.

Marien (Dem.) tritt dem Vorredner scharf entgegen, läßt den „sehr klugen“ Ausführungen des Stadtrats Koblenzer alle Gerechtigkeit widersprechen, erklärt sich dann aber auch gegen die Magistratsvorlage, da dieser Entwidlung endlich Halt geboten werden müsse.

Heilmann (Soz.): Wenn man Rücksichtnahme auf notleidende Arbeiter Umsall nennen will, so nehmen wir den Vorwurf gern auf uns. Den Umständen im Wohnungswesen usw. nachzugehen, ist selbstverständliche Aufgabe des Magistrats. Die große Mehrheit der Versammlung hat doch s. Z. beschlossen, abermals einen Ausschub einzusetzen, der auf einen Ausgleich hinarbeiten sollte. Nachdem er

machen, daß wir einander irgendwo trafen, wie zufällig. — so, daß es niemanden auffiele?

Sie verstand ihn, und sie verheißte es sich nicht, daß er nur ihrem eigenen Wunsch entgegenkam. „Ich bin dabei,“ sagte sie, „aber ich schlage den Böhmerwald vor. Das ist ein Winkel, den niemand aufsucht.“

Sie verabredeten sich und schieden dann beide mit einem Händedruck, der ein stummes Versprechen war.

Zu Hause aber erklärte Reiserer: „Ich gehe in den Böhmerwald, dort bin ich allein und habe die Ruhe, die ich brauche.“ Er verabschiedete sich zärtlich von Lucie und hob sein Kind zu sich empor, um es zu küssen.

Protokoll blieb diesmal daheim.

Vierter Teil.

18.

Auf dem Bahnsteig der kleinen Stadt Tiefurt ging ein Mann auf und ab, mit langsamem, schüchternem ausholenden Schritten, die sich anscheinend nicht genug darin tun konnten, zu zeigen, daß sie gehen konnten, als ob dieses simple Auf- und Abgehen eine Art Genuß wäre oder doch ein langentbehrtes Vergnügen, — ein Mann, der allen, die ihn sahen, sofort auffiel, nicht durch äußere Merkmale, die jedem in die Augen springen mußten, im Gegenteil eben dadurch, daß er seine Person so distret in den Rahmen des Ganzen einfügte, gleichsam in diesen Rahmen schüchtern hineinschlüpfte, wie besorgt, jemand könnte dies sehen oder gar über merken.

Man konnte diesem Mann ein Alter von etwa sechzig Jahren geben, denn sein Rücken war leicht gekrümmt, seine Haare schimmerten in einem schmutzigen Silber, und insbesondere sein Antlitz, in dem zwei klare, heitere Augen tief nach innen lagen, war von einer Unzahl von Runzeln durchadert, schmal und blaß und durchsichtig, wie man es zuweilen bei alten Leuten findet, die soeben von einem langen Krankenlager aufgestanden sind.

Der Alte hatte offenbar die Absicht, den Personenzug nach Hamburg zu benutzen, denn er mischte sich in das Häuflein Menschen, das soeben die Bahnsperrung passiert hatte und nun dem Zug, der eben einfuhr, entgegendrängte.

Als der Zug sich fünf Minuten später wieder in Bewegung setzte, hatte der Alte seinen Platz in einem Wagen dritter Klasse eingenommen, einem Kleinstädter gegenüber, der gleichfalls nach Hamburg fuhr, und zwar um Einkäufe zu machen.

da zu keinem positiven Ergebnis gekommen ist, hat sich der Magistrat schließlich zu seiner Vorlage verstanden, die wir annehmen und Ihre Zustimmung empfehlen.

Damit schließt die Beratung.

In persönlicher Bemertung weist Dr. Borchard die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Insbesondere könnte ihm kein Vorwurf daraus erwachsen, daß er die endlos sich ausdehnende Ausschubsetzung vor der Abstimmung verlassen und dadurch die Annahme von 10 Prozent Zuschlag verhindert hätte; ein Desinitivum hätte ja der Ausschubbeschluss ohnehin nicht bedeutet.

Von der Rechten wird über die Anträge Zimmermann namentliche Abstimmung beantragt. Vor der Abstimmung verläßt ein großer Teil der Rechten den Saal.

Die kommunistischen Anträge zum Mitbestimmungsrecht werden abgelehnt; die Abstimmung über die Anträge ergibt Beschlussunfähigkeit. Es haben 89 Mitglieder mit Ja, 8 mit Nein gestimmt, Summa 97, während zur Beschlussfähigkeit 113 gehören.

Schluß 9 Uhr 5 Min.

Emulsionsmilch statt Frischmilch.

Eine Folge der Dürre.

Das Milchamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Dürre und der sich daraus ergebende Futtermangel haben die Milchzufuhr nach Berlin binnen vier Wochen bereits um 170 000 Liter täglich herabgemindert, so daß der Milchhändler nur noch zwei Drittel der Milchmenge geliefert werden können, die von ihnen verlangt wird, und nicht mehr soviel Milch zur Verfügung steht, als zur Zeit der Rationierung für Kinder und Kranke beanprucht wurde.

Der Magistrat Berlin hat daher einstimmig einem Abschluß über Milchpulver zugestimmt, der es für die nächsten Monate ermöglicht, durch Emulsionsmilch der schlimmsten Not zu steuern. Doch es sich hierbei um ausländisches Pulver handeln muß, ist selbstverständlich; denn keine deutsche Milchtraktorsanlage kann bei den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen in Deutschland Milch in solchem Umfange trocknen, daß die Verlogung Berlins damit bedekt werden könnte. Aus den Kreisen der deutschen Trockenmilchinteressenten ist sogar selbst hervorgehoben worden, daß die Weitertrocknung im größten deutschen Werk wahrscheinlich demnächst gänzlich eingestellt werden muß, weil die zur Trocknung gelangende Milch von Hamburg oder Lübeck als Frischmilch in Anspruch genommen werden könnte.

Die Emulsionsmilch ist teurer als die Frischmilch. Der Milchhandel hat die Ausgabe von Emulsionsmilch in besonderen Geschäften abgelehnt, er hat auch die Gefahren für den Konumenten beim freien Verkauf von Frischmilch und Emulsionsmilch zu verschiedenen Preisen in demselben Geschäft anerkannt und sich daher für den Verkauf zu einem Einheitspreise ausgesprochen. Der Durchschnittspreis, zu dem also ab 8. August d. J. die freie Frischmilch und die Emulsionsmilch abgegeben werden wird, beträgt bis auf weiteres 3,80 M. für das Liter. Die Kartennisch für die Kinder bis zu vier Jahren und die schwangeren Frauen wird nach wie vor zum verbilligten Preise von 3 M. für das Liter abgegeben.

Der Revolver in der Liebesstunde.

Das Drama eines Neunzehnjährigen.

Diese Tragödie verwüsteter Jugend, wie sie gestern in grauenvollen Einzelheiten das Schöffengericht Berlin-Wedding beschäftigte, zählt selbst in der Millionenstadt zu den Seltenheiten. Wegen jahrelängiger Züchtung war dort die 16jährige Kontoristin Marta J. angeklagt.

Die Hauptrolle in diesem modernen Jugenddrama spielte der 19jährige Handlungsgehilfe Kurt W. Dieser junge Mensch, das Produkt einer verfehlten Erziehungsmethode verwegender Eltern, war trotz seiner Jugend bereits „alle Schulen durch“ und hatte sich durch seinen Lebenswandel eine Krankheit zugezogen. Obwohl ihm seine Eltern durch Kauf eines Zigarrengeschäfts eine Existenzmöglichkeit gegeben hatten und ihn auch sonst reichlich unterstützten, hatte der blasierte Jüngling die Lust am Leben verloren und trug sich ständig mit Selbstmordgedanken. In dem abnormen Hirn des jungen Menschen reifte schließlich ein höchst sonderbarer Plan, den er auch am zweiten Ostersiege d. J. seinem 19. Geburtstag, zur Ausführung brachte. Am Vormittage dieses Tages war merkwürdigerweise der Mutter des W. von einer Kartenlegerin „prophezeit“ worden, daß ihr Sohn „über den kurzen Weg“ durch ein Mädchen großes Unheil erliden würde und ihr Sohn zur Verhütung dieses Unglücks an diesem Tage unbedingt zu Hause bleiben müsse. Inzwischen hatte das Unheil aber schon seinen Lauf genommen. Kurt W. hatte die Angeklagte abgeholt und ihr gesagt, er

„Das Gefängnis!“ sagte erklärend dieser Mann, als der Zug an einem großen kalernenartigen Gebäude vorüberfuhr, und er sagte es, teils weil er in dem Alten einen Fremden vermutete, teils weil das immerhin ein Punkt war, an dem sich ein Gespräch anknüpfen ließ.

Der Alte nickte nur und sagte freundlich: „Ja, das Gefängnis.“

Daraus erlah der Kleinstädter, daß der andere keineswegs einer von jenen Finsterlingen war, die ein Coupégespräch grundsätzlich durch ein dumpfes Knurren ablehnen, und er zögerte deshalb nicht länger und stellte sich vor: „Mein Name ist Granich. Ich fahre geschäftshalber nach Hamburg.“

Wieder nickte der Alte. „Ich heiße Behrens,“ sagte er in einem Ton, der zeigte, daß es ihm eine Lust war, zu reden, „und ich reise auch nach Hamburg, aber nur zu meinem Vergnügen.“

Granich seufzte. „Ach ja, Vergnügen! Die Zeiten sind schwer.“

„Sind sie das?“ fragte wie erstaut Behrens.

Sogleich begann der Mann namens Granich von seinen Verhältnissen zu reden, und obgleich diese Granich nicht interessant, ja recht alltäglich und banal waren, hörte ihm Behrens mit sichtlicher Aufmerksamkeit zu, mit einer Aufmerksamkeit, an der sich der andere wärmte, in solchem Maße, daß es dahin kam, daß Behrens nach und nach über das Wohl und Wehe der gesamten Familie Granich nebst Anhang erschöpfend aufgefährt war.

Aber Granich war nicht unhöflich und auch kein Egoist, der nur an sich dachte, sondern er fragte: „Sie sind sicher ein Fremder?“

„Ja, ich war lange in der Fremde,“ bejahte Behrens.

„Sie sind recht alt? Wohl an die sechzig?“

„Dreißigfünfzig,“ sagt Behrens.

Granich war zwar höflich, aber kein Diplomat. Er sagte: „Donnerwetter, da haben Sie sich nicht gut gehalten — ich hätte Sie mindestens zehn Jahre älter geschätzt!“

Behrens lächelte: „Nein, ich habe mich nicht gut gehalten.“

Es war etwas Eigenes um dieses Lächeln, Granich jedenfalls hatte noch nie jemanden so lächeln sehen: Der tut niemandem etwas zu Leide, dachte er.

„Bitte, wollen Sie nicht noch etwas erzählen?“ fragte Behrens.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

47] Sie lebte still und gleichförmig dahin, nur der Pflege ihres Lächelchens hingegeben, das nun zusehends wuchs und dessen Wangen sich rundeten.

Sein Gesicht war ausdrucksvoller geworden, und es machte der jungen Mutter eine tiefe Freude, wenn sie sah, wie es allmählich für mancherlei Interesse offenbarte. Es griff schon zögernd nach einem seidnen Band, das man ihm etwa hinhieß, oder lächelte ein richtiges lautes Lachen, wenn man über seinem Gesicht in die Hände klatschte.

Es schien auch schon verschiedene Personen zu unterscheiden und schrie, wenn es allein gelassen wurde. „Lucie ist verwöhnt,“ sagte das blonde Kinder mädchen, „sie will nicht allein sein!“

Reisner opferte dem Kinde nur wenige Minuten im Tage, was er damit entschuldigte, daß er allzusehr gehegt sei. Aber er liebte es und küßte gern den süßen Mund, der sich weinend verziehen wollte, wenn er den Bart des Vaters spürte. Zuweilen trug er es auch oder setzte sich mit ihm in eine Ecke, um zu warten, bis es eingeschlafen war. Dann legte er es behutsam und zärtlich in das Bett.

Das Verhältnis zu seiner Frau war wieder das alte geworden und hatte doch etwas Neues, das sich nicht mehr verlor. Es ist das Kind, dachte er und beruhigte sich damit.

Er hatte auch keine inneren Hemmungen mehr zu überwinden, wenn er an Frau von Marisch dachte. Was bedeutete diese Frau für ihn? Ein duftiges Nichts, das verwehen würde, wie es gekommen war.

Aber er gefaund es sich nun doch ein, daß ihn ihre Küsse reizten, und er sehnte sich sehr nach zärtlichen Stunden, die er mit ihr verleben könnte. Es sollte ein halbwocher dünner Traum sein, nach langer, schwerer und erfolgreicher Arbeit, dachte er, aus dem er frisch und gesund wieder erwachen würde, um dann alles lachend zu vergessen.

Er traf sie und sprach ihr davon, daß er einige Wochen verreisen wolle, nicht weit, etwa in den Harz oder in den Taunus oder ins Riesengebirge, und daß doch auch sie das Verlangen haben müsse, dem ständigen Dunst der Stadt für einige Zeit zu entweichen. Er sagte: „Liebe es sich nicht

Filmschau.

„Die Erbin von Tordis“ wurde im Luxuspalast gezeigt. Spiel und Bilder waren ausgezeichnet, und die Regie von Robert Dinejen verdient alles Lob. Die uneheliche Tochter eines Reinen Rürten wird von ihrem zur Erbin eingetragenen und gelangt nach einigen Hindernissen in den Besitz des Reiches. Man sieht, daß das Ganze eine jener lausabenden Handlungen ist, die auf die Mäßigkeit derer, die nicht alle werden, die jetzt noch immer die von den Verfassern gewöhnliche Wirkung ausgeübt haben. Das Theater löst seine Aufgabe meisterhaft.

„Frauen, die den Grau des Lebens nicht verüben.“ Der Film mit diesem reichlich langen Titel, der in der Neuen Philharmonie gezeigt wurde, behandelt das reichlich bekannte Thema der sich vernachlässigenden jungen Frau, die von der Welt der Arbeit nichts versteht. Kugler wurde eine auf das geistige Niveau des Durchschnittsbedingtes zugehöriges Lustspiel „Die Liebesmüge“ gegeben. Der Gelang der Frau ist in g f kann als der Mittelpunkt des Abends bezeichnet werden und der Versuch, den sie erzieht, war reichlich verdient.

Von Goliath Krutzwang, dem amerikanischen Niesensim, verlegt man den Berliner Kinobesucher jetzt den fünften Teil (im U. L. Kurfürstentempel). Er heißt „Der Tod im Rachen“, und der arme Goliath wird darin allerdings so jämmerlich gequält, daß ihm aus Gründen der Menschlichkeit ein rascher Tod zu wünschen wäre. Ganz sicher von Seiten der Kinobesucher.

Besucher, die sich trotz der Hitze auf der Lehne von niemals ermüdenden galoppierenden Pferden redlich mit der Kanne herumschlagen. Daß diese Bilder sehr hübsch sind, ändert nichts an der Tatsache, daß das Lieberman von unmotivierter Weisheit ermüdend wirkt. — Als Entschädigung können sehr gelungene Aufnahmen aus dem Leben eines Wasserläubers, des Goldbrandfisches gelten, die an Entfaltung der Gesamtleistung Goliath Krutzwangs bei weitem übersteigen.

In den Richard-Schmalz-Sichtspielen rollt jetzt der Film Tom Mürger, der Dankländer. Solange das Publikum Kriminal- und Detektivfilme verlangt, wird es Filme dieses Genres geben. Ueber Tom Mürger, der aus München zu uns kommt, ist weder Gutes noch Schlechtes zu sagen. Das Manuskript (verfaßt von Josef Berger) schuf für Josef und Anni Berger dankbare Rollen. Dem Textdichter, daß auf der Leinwand erscheint, um den Zuschauer die Vorgänge verständlich zu machen, könnte eine gründliche Korrektur wirklich nicht schaden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Leser-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Abends am Sonntag, den 7. August, Abt. Siegel: Fahrt nach Regen a. d. S. Abfahrt Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel. Abt. Moabit: Röntgenstrahlen - Vorträge. Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel. Abt. Köpenick: Röntgenstrahlen - Vorträge. Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel. Abt. Köpenick: Röntgenstrahlen - Vorträge. Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel. Abt. Köpenick: Röntgenstrahlen - Vorträge. Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel.

Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel. Abt. Köpenick: Röntgenstrahlen - Vorträge. Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel. Abt. Köpenick: Röntgenstrahlen - Vorträge. Sonnabend 8.00 Bahnhof Siegel.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrage solle einen Aufhänger und eine Nummer bei. Giltige Aufträge trage man in der persönlichen Besprechung, Lindenstr. 1. 1. Das post. links, vor. Schriftstücke und Beiträge sind mitzubringen. R. 2. 24. Vom 1. August ab sind die Beiträge vom Verfallsdatum nicht mehr abzuführen. Dafür kommen aber von dem Betrag von 10 Proz. bei wöchentlichen Lohnzahlungen 3.00 M. und, wenn die Beiträge nach § 13 des Einkommensteuergesetzes bis zum 31. Juli 1921 nicht befriedigt sind, für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921: 8.40 M. in Abzug. — R. 2. 24. 1. Ja. 2. Die Zahlen sind wiederholt veröffentlicht worden. — R. 2. 24. Selbst wenn ein schriftlicher Vertrag nicht besteht, muß der Hauswirt, bevor er die nächste Miete fordern kann, kündigen. Die Kündigung behält ebenfalls der Zustimmung des Mietvertragsantrags. Die Kündigung ist in Ihrem Falle nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig und muß am 15. des Monats erfolgen. 1. Ja, sofern eine ordnungsmäßige Kündigung nicht vorliegt. — R. 2. 18. Von den 21.00 M. gehen die 8.40 M. ab, so daß der für die Einzahlung erhaltene Betrag 12.60 M. beträgt. — R. 2. 3. Sagen Sie zunächst die Höhe des von dem Vorfall in Kenntnis, die dann das weitere angeht. — R. 2. 1. An die Süddeutsche Schuldenverwaltung in Berlin, Rathaus, — R. 2. 1920. Die Süddeutschen nannten in den fünfziger und sechziger Jahren die Norddeutschen, besonders die Berliner, Schamane; so kam diese Bezeichnung besonders für den alten Wilhelm in Gebrauch.

Gesundheit ist Reichtum!

Hygiene des Geschlechtslebens.
Von Prof. Dr. H. v. Gräber.
45. Nr. 47. Auflage. 265. Nr. 284. Tafelwch.
Mit 4 farbigen Tafeln.
Preis 6 M. (Porto und Nachnahme 1,35 M.).
In jedem Hause darf dieses Buch fehlen. Es behandelt nicht nur die Geschlechtskrankheiten, sondern das ganze Geschlechtsleben. Für Mann und Frau, für Jungling und Jungfrau ist das Wert von großem Wert.

Geschlechtsleben u. Geschlechtsleiden
Von Prof. Dr. E. Riecke.
Mit 2 Kunstbroschüren.
Preis 5 M. (Porto und Nachnahme 1,35 M.).
Erschütternde Milder aus dem täglichen Leben sind, die das Wert an uns vorbeiziehen läßt: Aus dem Kino, aus dem Raucherhaus, das Tagelohn eines Studenten, der Besorgung einer Dame usw. In die hinein verweben sind die medizinischen Erörterungen und Belehrungen über die juchzende Gefahr der Geschlechtskrankheiten.

Des Weibes Leib und Leben in Gesundheit und Krankheit.
Von Dr. Max Nassauer.
Mit zahlreichen Tafeln und Abbildungen.
Preis gebunden 22 M. (Porto und Nachnahme 1,55 M.).
Was, was des Weibes Leben in Gesundheit und Krankheit betrifft, kommt in dem Werte zur Darstellung: Die Hygiene der Frau im allgemeinen, die Gesundheitspflege der Schwangerschaft, die Gesundheitspflege der Geburt, die Gesundheitspflege der Stillzeit, die Gesundheitspflege der Menstruation, die Gesundheitspflege der Schwangerschaft, die Gesundheitspflege der Geburt, die Gesundheitspflege der Stillzeit, die Gesundheitspflege der Menstruation, die Gesundheitspflege der Schwangerschaft, die Gesundheitspflege der Geburt, die Gesundheitspflege der Stillzeit, die Gesundheitspflege der Menstruation.

Bestellzettel.
Ich erbitte unter Nachnahme:
Graber: Hygiene des Geschlechtslebens Preis 6 M.
Riecke: Geschlechtsleben u. Geschlechtsleiden Preis 5 M.
Nassauer: Des Weibes Leib und Leben Preis geb. 22 M.
Alle drei Werte zusammen zum ermäßigten Preis von 30 M. (zugänglich Porto).
Bestellung durch Nachnahme erbeten!
Genaue Uebers.
In offener Rubrik mit 15 Pf. frank. an die nächste Buchhandl. send. ob. an den Verlag von Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin X 54, Eilenstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 155, 1200, 1087, 9714
Sonntag, den 7. August, vormittags 10 Uhr im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45a:
Branchen-Versammlung der Emailer und verwandten Berufe
Tagesordnung: 1. Vorträge. 2. Branchenangelegenheiten und Beschlüsse.
Achtung!
Berzinner - Verzinker - Verbleier
Sonntag, den 7. August, vormittags 9 Uhr, im Dresdener Geschäftshaus, Dresdener Str. 116
Branchen-Versammlung
Tagesordnung: 1. Wie verhalten wir uns gegen unsere Interessenten? Referent Kollege Hübnert. 2. Die Aufgaben d. Berufsverbände.
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Geschäftsverwaltung.

Unvergleichbare Preise für Brillanten Gold-, Platin- und Silber- Schmuck.
Zahngelbte, alte Kränze, Dublé zahl nur die führende Firma
H. Wiese
Artilleriestr. 30
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr.
Tel. Norden 1030

Wir suchen Vertreter
gut eingeführte, tüchtige, seriöse Fachleute als
Lomos
Sessel-Kraft-Rad
Einspur-Auto
ist billig in der Anschaffung u. im Betrieb verbürgt bequemes sowie sicheres Fahren
nimmt alle Steigungen
Eichler & Co. Berlin SW 11
Bernburger Straße 23

Bekanntmachung
betr. die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss der Ortskrankenkasse der Schlosser und verw. Gewerbe zu Berlin
Auf Grund des § 75 der Satzung sind für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1923 von den Versicherten und den bei der Kasse zuständigen Arbeitgeberern Vertreter zum Ausschuss zu wählen, und zwar:
60 Vertreter der Versicherten u. 120 Ersatzmänner.
30 Vertreter der Arbeitgeber u. 60 Ersatzmänner.

Herren u. Damen erhalten in diskreter Weise BEKLEIDUNG auf Kredit.
Neueste Eingänge für Herbst u. Winter.
Paletots Ulster
Moderne Jacken- und Anzüge
Kraus für Maß.
Damen - Konfektion
In 4 Etagen
Möbel-Einrichtungen
A. Damitt
Rosenthalerstr. 45-47

Gardinen
Stores, Bettdecken, Tischdecken
Chaiselongues, Bettwäsche
sowie fertige
Betten
federleicht
Teppiche
in allen Größen
alles auf bequeme
Teilzahlung !!
zu äußerst günstigen Bedingungen
M. Beiser
Lothringer Str. 67

Urinabspüler
Zur Ausscheidung krankhafter Stoffe aus Blut u. Säften bei offenen Füßen u. ges. Hautunreinigkeiten ist Urinabspüler seit 30 Jahren wirksam erprobt.
M. 4.50, 3 Dosen 13.00 M.
Otto Reichel,
Berlin 43, 50, Eisenbahnstr. 4.

Der Weg der Kommunistischen Internationale
(Referat über die Taktik der Kommunistischen Internationale)
Gehalten auf dem III. Weltkongress, Moskau, Juli 1921
86 Seiten Preis brosch. 1.50, geb. 6. — M.
Zu beziehen durch:
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., L. Cahmbley
Hamburg VIII
und durch alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der VKPD.

Brillanten, Juwelen
kauft auch ganze Nachlässe
besonders große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantenschleifer
Gebr. 1892 160 Friedrichstr. 160

Spezial-Arzt
Dr. Scott, Rosenthalerstr. 69-70
für alle Geschlechts-, Haut-, Horn-, Frauenleiden Syphilis, Salvarsan-Kuren Blutunreinigkeiten, Damen separat. 10-1 5-7.

70 Jahre
Seit 1870
Dr. Strauß
b. Hautausschlag, Flechten, Reiz- u. Krampfadern, Hämorrhoiden ein bestbewährtes und schnellheilendes Mittel.
Org.-Dose 6.25 u. 12.00 M.
Elefant-Apothek.
Berlin SW 213
Leipziger Str. 71
Dönhöfen.

Kartoffeln
feinste Manis weiße Ware liefert an Arbeiterorganisationen, ganz besonders Vorzugsorten. Vertriebende, Anbauvereine und fähige Organisationsorgane wollen sich mit mir in Verbindung setzen.
Max Seidel, Königsberg i. Pr., Altstadt, Lang-Gasse 77
Die Arbeiterorganisation in Königsberg werden über meine Veranlassung gern jede Auskunft geben.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster
tells auf Seide, jetzt 400-500 M.
Gummimäntel, Damen-Kostüme,
-Mäntel, Teppiche, Wäsche, Gardinen
sowie billig! Nachtschwarz, Salomon
50 %, billiger, Kreuz-, Zabel-, Blau-,
Weiß-, Silberbüchse, Keine Lombardw.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
Gegründet 1876
empfehlen
Schlafzimmer kompl. { 4900, 5400, 5900
6000, 6400, 7200
Speisezimmer { 4900, 5600, 6000
6800, 7200, 8000
9300
Herrenzimmer von 4500-14 500
Küchen farbig und naturisierend, in allen Preislagen
Neu aufgenommen: Fertige
BETTEN 1 Oberbett 725 1 Oberbett 1010
1 Unterbett 1 Unterbett
2 Kissen 2 Kissen
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Lampions Feuerwerk!
v. 30 Pf. an, Stocklaternen mit Stock u. Licht, v. 60 Pf. an
Riesenauswahl, sehr billig
Bengalfeuer
Papiermützen von 10 Pf. an
Alle Artikel für Feste, Verlobungen
A. Maas & Co., Berlin V
Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße
8-6 Uhr Geogr. 1890

Schuh-Etage Alt-Kölln
Köllnischer Fischmarkt 1, 1. Etage
zwischen Sparkasse und Breite
straße 30 Treppen oberwärts
Damen mit kleinen Füßen! • Die Gelegenheit ist nicht alljährlich!
Halbschuhe braun, schwarz u. Lack, vorwiegend mit Einlagen, allerfeinste Handarbeit, x. T. franz. Absatz, im reg. Wert bis 200 M. — jetzt nur 98 50
Halbschuhe ohne Einlage, braun, Bockkalf, fast alle Größen, nur M. 127 50
Damen la braune Boxkalf-Hochschaffstiefel vorzügliches Patent, Größe 36-38 nur M. 165 00
Gartenschuhe für Damen für Haus und Straße, in Lederohle, alle Größen, nur M. 27 50
Braune Herren- und Damen-Hochschaffstiefel feinste randgenähte Handarbeit, schicke Formen, fast zur Hälfte des Wertes sowie andere konkurrenzlose Artikel

Ein Kronzeuge gegen Wilhelm.

Bekanntlich wurde die Herausgabe des dritten Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ auf Grund eines Einspruchs Wilhelms II. in mehreren Instanzen dem Cotta-Verlag unterzogen. Die „Deutsche Zeitung“, die täglich zweimal fehrstuchvolle Rufe nach einer Rückkehr der Hohenzollern ausstößt, brachte gestern abend einen längeren Artikel, der sich mit Bismarcks Buch beschäftigt und folgenden Sach enthält:

Der dritte Band des Bismarckschen Nachlasswerkes stellt eine Geschichtsquelle allerersten Ranges dar für denjenigen, der zu lernen und Geschichte zu verstehen den Willen hat, was freilich nicht einmal bei Geschichtsforschern von Beruf allgemein der Fall ist. Der fürstliche Verfasser konnte für den dritten Band seiner Denkwürdigkeiten eigenhändig, Tag für Tag gemachte Aufzeichnungen benutzen. Gerade hierin und dann in dem verhältnismäßig mehr zuverlässigen Erinnern an die Ergebnisse eines nicht sehr langen und nicht sehr weit zurückreichenden Zeitraumes hebt sich der dritte Band des Bismarckschen Buches von den beiden ersten Bänden ab.

Wenn schon die Deutschnationalen als die patentierten Freunde Wilhelms des Achten die geschichtliche Bedeutung der Bismarckschen Erinnerungen anerkennen, so sollten Wilhelm und seine Ratgeber endlich einsehen, daß kein haltbarer Grund für die Verheimlichung des Buches spricht. Ganz abgesehen davon, daß der Inhalt der Aufzeichnungen durch Veröffentlichungen in der holländischen und amerikanischen Presse bereits zum größten Teil bekannt geworden ist, braucht Wilhelm kaum zu fürchten, daß er von seinem guten Ruf durch die Veröffentlichung etwas verlieren könnte.

Zwei Anekdoten.

Unter dieser Ueberschrift schildert in der „Humanité“ vom 2. August der kommunistische Abgeordnete des Departements Lot et Garonne, Renaud Jean, zwei eigene Erlebnisse aus der ersten Kriegszeit als Beitrag zum Kapitel der Kriegsverbrechen. Es handelt sich zuerst um die Plünderung eines Lebensmittelgeschäfts im französischen Dorfe Somme-Suippes durch französische Truppen, die sich auf dem Rückzug befanden:

„Der große Raum ist voll von blauen Uniformen. Hinter dem Kontor bedienen zwei Frauen die zuerst Angekommenen. Ich höre die Preise: sie haben es mit der Flucht eilig, und da sie nicht ihre Waren dem Feind überlassen wollen, verkaufen sie zweifellos mit Verlust. Aber die, die dahinter stehen, werden ungeduldig und drängen. Plötzlich werde ich bis zur ersten Reihe gestoßen. Ich reiche ein Geldstück und zeige auf eine Flasche spanischen Wein. Ach! vom Kaufen ist keine Rede mehr. Ein gewalttätiger Druck, Kolonnenkämpfer springen auf den Verkaufstand, die Frauen schreien, man packt sie bei den Schultern, sperret sie im Nebenzimmer ein. Die Plünderung beginnt.

Nun bin ich wieder auf der Straße, starr und ... mit leeren Händen. Die Sieger in dem glorreichen Kampf trinken gierig und ohne Gewissensbisse. Inzwischen erhält die Moral insofern eine gewisse Genugtuung, als einzelne unter den Plünderern, durch die gelbe Farbe getäuscht, Essig gestohlen haben. Die Säure verbrennt ihnen den Mund. ... Ich kenne in Somme-Suippes ein Lebensmittelgeschäft, das die „Boches“ nicht ausgeplündert haben. ...

Das zweite Erlebnis von Renaud Jean ist bedeutend ernster Natur. Es handelt sich um einen wechsellösenden Nahkampf, in dessen Verlauf der Verfasser einem großen deutschen Soldaten gegenüber stand, beide mit gefüllten Bajonetten:

„Plötzlich fühle ich mich aus dieser Lage befreit. Ein starker Stoß, meine Beine geben nach, ich falle, von einem Geschöß getroffen, vor meinen sprachlosen „Feind“ zu Boden. Er hat mir aber nicht mit seinem Kolben den Schädel eingeschlagen. Unsere Truppen fluten zurück; wir sind gefangen. Die französischen Feldgeschütze schießen jetzt auf uns und auf „die anderen“. Die Männer in grauer Uniform räumen die Stellung. Wir bleiben nun da, deutsche und französische Verwundete mit einigen Toten. Und es beginnt das Höllenkonzert von Beschlagen und Rückschlägen. ... Rote Hosen rücken aber heran. Ein Reserveregiment — warum seine Nummer nennen? Gerettet! Noch nicht. Eine wichtigere Aufgabe nimmt diese Männer, die sich nicht ge-

daran 68 000 französische Soldaten. Besonders furchtbar wütet die Tuberkulose in Spanien und Rußland. Eine der schwersten Gefahren wird durch die überall herrschende Wohnungsnot heraufbeschworen, da man feststellt, daß die Tuberkulose durch Tuberkulose in demselben Maße wächst, wie sich der Luftstrom verringert, der in den Wohnungen auf den einzelnen kommt.

Exzentrische Genies. Der Tod Carusos, über dessen private Eigenschaften früher mancherlei seltsame Gerüchte kursierten, lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Gruppe längst verstorbener deutscher Dichter, die nicht nur durch ihre künstlerischen Leistungen berühmt wurden, sondern ebenso sehr durch genialische Lebensgewohnheiten von sich reden machten. Wir meinen die deutschen Romantiker, die um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts unsere Literatur und Kunst beherrschten. Am neuesten Heft des „Grundrisses des Antiquariats“, der im Harp-Stadde-Verlag in München erscheint, werden einige unbenannte, sehr bezeichnende Anekdoten von berühmten romantischen Dichtern erzählt.

So erfahren wir über einen Besuch des exzentrischen Zacharias Werner in der Kammer des Berliner Schlosses, daß er vor einem Heiligenbild stehen blieb, während die anderen Besucher weitergingen. Er konnte sich davon gar nicht trennen und kehrte immer wieder zu diesem Gemälde zurück. „Das dauerte“, so erzählt eine zeitgenössische Quelle, „bis man das Schloss verlassen wollte. Da rief plötzlich Werner auf der Schloßterrasse: „Mein Hyl! Mein Hyl!“ Man mußte umkehren, den Kastellan ansprechen, daß er noch einmal aufschleife, und nun ging es an ein Ende, wobei sich der dienstfertige Kastellan am rührigsten umtat. Endlich kam er wieder herbei und sagte verlegen: „Ach habe da hinten wohl einen Hut gefunden, kann aber nicht glauben, daß es der dieses Herrn sei.“ „Es ist meiner!“ rief lebhaft Werner, empfing einen sehr obgenutzten Kinderhut und sprach nun weiter: „Meine Mutter schenkte ihn mir an meinem 6. Geburtstag, und ich hab' ihn mir aufbewahrt. Da nun heute wieder mein Geburtstag ist, sah ich ihn mir an und konnte mich nicht davon trennen.“

Die Schilderung eines feuchtfröhlichen Gespensterabends bei E. T. A. Hoffmann ist uns durch den dänischen Dichter Oehlenschläger überliefert. Der Däne war zusammen mit Fouqué eingeladen. „Hoffmann stand mit einer weißen Schürze als Koch da, einen Cardinal von Rheinwein und Champagner bereitend. Der Pöbel wandelte unablässig herum, während wir uns gegenseitig keine Geschichten und abenteuerliche Begebenheiten erzählten, welche entweder wir oder andere erlebten. Gerade als wir bei solchen gräßlichen Erzählungen waren, drehte ich meinen Kopf zur Seite und erblickte, denke dir meinen Schrecken, einen kleinen schwarzen Teufel, der sich, mit Hörnern vor der Stirn und roter aus dem Halse herausragender Zunge, über meine Schulter neigte. Das war nämlich eine Marionette, die Hoffmann gekauft hatte, — er hat einen ganzen Schrank voll von dergleichen — und mit der er nun manövierte, um mich mitten in einer schauerlichen Sage zu erschrecken!“

Die Eintrittspreise zu den Salzburger Festspielen. Zu unterer Kassa in Nr. 336 über die enorme Höhe der Salzburger Eintrittspreise teilt uns die Zeitung der Festspielbau-Gemeinde mit, daß der Ringkassier der „Festmann“-Aufsührungen den Anstalten, Mäzen und Waisen des Landes Salzburg zuliegen wird.

Schlagen haben, im Anspruch. In der Dämmerung sehe ich Bajonette, die gegen den Erdboden gestoßen werden, sehe ich stehende Arme, fühle ich erfolglose Bitten. Ich habe begriffen. ...

Auf dem Berg Moret, fünf Kilometer von Vitry-le-François entfernt, wurde ein etwa 100 deutsche Kriegsgefangene auf diese Art niedergemacht.“

Frankreich hat wirklich allen Anlaß, zu beantragen, daß die Frage der Leipziger Urteile auf die Tagesordnung des Obersten Rates gesetzt werde. ...

Friedensengel Dreadnought.

London, 4. August. (WLB.) Der Finanzsekretär der Admiralität Kimerz erklärte im Unterhause bei der Forderung von 11 875 600 Pfund Sterling zum Bau von 4 Schiffen der Hood-Klasse, die britische Hochseeflotte sei so gut wie veraltet. Augenblicklich werde eine Flotte von Schlachtschiffen gebaut von einem Typ, der sich bei der Schlacht von Jütland den anderen Typs unvergleichlich überlegen gezeigt habe. Japan habe 8 solcher Schiffe im Bau und plane den Bau von 8 weiteren. 1925 werde Amerika 12 dieser Kriegsschiffe besitzen. — Bellaire meinte, das japanische Programm sei die Ursache des heutigen Mißtrauens. Churchill warnte vor einer Schwächung der britischen Flotte. England werde dadurch zu einer Macht dritten Ranges herabsinken. England hoffe aufrichtig, daß die Washingtoner Konferenz ein glückliches Ergebnis haben werde, es werde jedoch nicht eine Stellung sicherer und dauernder Unterlegenheit zur See übernehmen. (Großer Beifall.) England hoffe auf einen längeren Frieden, der, wenn die augenblickliche Periode der Erschöpfung vorüber sei, was in einigen Jahren der Fall sein werde, zu einer Periode des Gedeihens führen werde. England müsse jedoch auf eigenen Füßen stehen. Nur auf diese Weise werde es auf der Washingtoner Konferenz imstande sein, die Rolle eines glücklichen Friedensstifters zu spielen und Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten zu gehen, nicht als Schutzbittender, sondern als ebenbürtiger Partner in seinem Interesse und in dem der Zukunft der Welt.

Das Unterhaus genehmigte die Beträge.

Erregte Szenen im Danziger Volkstage.

Danzig, 4. August. (WLB.) Im Danziger Volkstage kam es heute nachmittag zu schweren Zusammenstößen zwischen den Linksparteien und dem Senat. Die Verhandlung begann mit einer sehr erregten Anklage des Führers der unabhängigen Sozialdemokraten, des Abg. Rau, der die Senatsmitglieder mit schweren Schimpfwörtern beleidigte. Die Erregung wurde dadurch sehr gesteigert und die Sitzung mußte unterbrochen werden. In der Hauptsache hatten die Angriffe ihren Grund in der Anwesenheit eines Kommandos der Sipo im Volkstagsgebäude, unmittelbar neben dem Plenarsitzungsraum. Die Sipo war schwer bewaffnet und u. a. auch mit Handgranaten. Die Linksparteien verlangten den Abzug der Sipo und verhinderten durch andauernden Lärm die Verhandlungen des Parlaments. Als nach wiederholter Vertagung der kommunistische Abg. Schmidt gegen einen deutschnationalen Redner tätig wurde, erschien ein Kommando der Sipo in Stärke von einem Offizier und 14 Mann im Saal und verhaftete auf Veranlassung des Senats des Innern Schammer die beiden Abg. Schmidt und Rahn von der L.P., Bezirk Danzig. Die Linksparteien begleiteten die Verhaftung mit ungeheurem Lärm und verhinderten jeden weiteren Versuch der bürgerlichen Parteien, in eine sachliche Beratung einzutreten. Unter großer Erregung wurde um 6 Uhr abends die Sitzung endgültig geschlossen, nachdem die Oppositionsparteien auch den Senatspräsidenten, der eine Erklärung abgeben sollte, daran gehindert hatten. Das Volkstagsgebäude und das Regierungsquartier sind durch die Sipo abgesperrt.

Der Danziger Generalstreik scheint durch die Entlassungs- und sanftigen Drohungen des Senats so ziemlich verhindert worden zu sein. Hätte man die friedliche Feuerdemonstration nicht verboten, so wäre all die Aufregung erspart geblieben. Polnische Truppen sollen zum Einrücken bereitgestanden haben.

Sturm im Prager Parlament.

Anlässlich der Erörterung der antideutschen Ausschreitungen in Kufing und Postelberg im Prager Abgeordnetenhaus kam es zu tätlichen Angriffen und stürmischen Austritten. Vier deutsche Abgeordnete wurden von den Sitzungen ausgeschlossen, und da sie sich nicht freiwillig entfernten, wurden 24 Polizisten herbeigeholt, um sie aus dem Hause zu bringen. Es kam zu einem Handgemenge, das zwanzig Minuten dauerte.

In der nächsten Sitzung, zu der von den deutschen Parteien nur die Sozialdemokraten erschienen waren, gab Genosse Czernak eine Erklärung ab, in der es heißt:

Der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei legt gegen die sich immer wiederholenden chauvinistischen Terrorakte entschiedene Verwahrung ein. Die Regierung trägt das volle Maß der Verantwortung für ihr passives Verhalten solchen Ausschreitungen gegenüber, die zu immer neuen nationalitätlichen Exzessen ermuntern. Mit wachsender Erbitterung sieht sich die deutsche Bevölkerung schuldlos diesen Angriffen preisgegeben. Ueber die rücksichtslose Handhabung der mit dem Geiste eines demokratischen Parlamentes unvereinbaren Bestimmungen der Geschäftsordnung hinaus hat sich das Präsidium (Präsident ist der tschechische Sozialdemokrat Tomasek) nicht gekümmert, auch die rohe Gewalt der Mehrheit dienstbar zu machen. Das Parlament ist dadurch geschändet, sein Ansehen herabgedrückt worden. Die Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erheben gegen diese Anwendung brutaler Gewalt entschiedenen Protest.

Was die Regierung sagt.

Prag, 4. August. (Senat.) Ministerpräsident Czernak sagt über die Vorfälle in Kufing u. a. Nach der Rede eines Abgeordneten versetzte sich die etwa 2000 Personen zählende Menge. In diesem Moment fielen plötzlich 5 oder 6 Schüsse aus den Reihen der Legionäre, welche herangezogen waren. Die Sache ist noch nicht völlig geklärt und muß untersucht werden. Die Legionäre entfernten sich auf die Aufforderung der Gendarmen, welche den Wortpfad abgesperrt hatte. Auch an einer anderen Stelle fielen einige Schüsse, an einer dritten Stelle kam es zu Zusammenstößen zwischen dem Publikum und den demobilisierten (?) Legionären. Bei den Zusammenstößen wurden 10 Personen verletzt, von denen eine gestorben ist. Nach eingeschickten Blättern (?) drängen (?) demobilisierte Legionäre in die Kasernen ein, aber es kann noch nichts Bestimmtes darüber gesagt werden, da die Untersuchung andauert. Die politische Behörde hat alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die polnische Behörde hat alle Gendarmenverfügungen nach Ausfertigung. Gegen alle Schuldigen wird rücksichtslos nach dem Gesetze eingeschritten werden. Der Ministerpräsident besuchte sich sodann mit den Ereignissen, welche den Vorfällen vorangegangen waren. Er sagte: Am 18. Juli fand eine öffentliche Protestversammlung der deutschen Parteien (die Sozialdemokraten ausgenommen, Red.) gegen das Steuerwesen und die schweren Steuerlasten statt.

Die Redner sparten nicht mit den schärfsten Worten. Ein Redner schloß seine Ansprache:

„Nichts für diesen Staat, alles für das Volk!“

Dies ist nur ein kleines Beispiel bewusster und systematischer Arbeit gewisser deutscher Kreise, handelt es sich nun um die Nichtabführung von Steuern, den Nichtantritt von Militärdiensten oder den bewaffneten Widerstand gegen die Republik. Daß dies nicht eine platonische Aufforderung ist, dafür diene zum Beweis, daß

in den Grenzorten 125 deutsche Mausegewehre mit 10 000 scharfen Patronen gefunden wurden. Die Regierung hat genügend Mittel zur Hand, um eine solche Tätigkeit im Keime zu ersticken und wird nicht dulden, daß unbefahrene Faktoren eingreifen. Als Vergeltung für den 15. Juli berief die tschecho-slowakische Legionärsgemeinde eine Versammlung für den 31. Juli ein. Es kam zu einigen Zusammenstößen mit der deutschen Bevölkerung, die größtenteils durch

das provokative Benehmen der Deutschen

veranlaßt wurde und zu unbefonnenen Taten führten. Die Regierung hat sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet. Der Ministerpräsident sprach mit größtem Schmerz das Bedauern über die Ereignisse aus, welche nicht geeignet wären, zum ruhigen Zusammenleben der Nation beizutragen.

Diese Erklärung wurde nach kurzer Debatte zur Kenntnis genommen. Dafür stimmten alle tschechischen bürgerlichen Parteien, dagegen die tschechischen Kommunisten.

Die deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Senatoren waren nicht erschienen.

Deutsche Darstellung.

Prag, 4. August. (WLB.) Das „Prager Tagesblatt“ stellt entgegen den amtlichen Meldungen fest, daß eine fünftausendköpfige Menge die Rede des Abg. Raab anhörend wollte, als plötzlich 200 bewaffnete Legionäre und Zivilisten mit Browningpistolen, Schlagringen und Gummiknüppeln auf die Menge einströmten, zuerst in die Luft, dann in die Menge hineinschossen und Frauen und Kinder niederschlugen. Ein Arbeiter wurde durch einen Bajonettschlag getötet, mehrere Personen wurden schwer verletzt. Die wilde Jagd auf die Deutschen dauerte bis 10 Uhr abends. Dann durchzogen die Legionäre singend und schreiend die Stadt.

Vor einem Landarbeiterstreik in Mecklenburg. Die „Koslober Zeitung“ meldet aus Schwerin, daß nach Abbruch der Verhandlungen im Ministerium in einer Versammlung der Vertreter der Landarbeiterschaft, der Kreis- und Ortsgruppenführer, mit übermächtiger Mehrheit beschlossen wurde, beim Zentralvorstand die Zustimmung zum Streik zu beantragen.

Wirtschaft Preise und Valuta.

In der bürgerlichen Presse kann man immer wieder die Behauptung lesen, daß die unerträgliche Teuerung hauptsächlich eine Folge der Lohnsteigerungen oder auch des Aufstundens der Wertung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge. Wir wissen sehr genau, daß die Preishöhe auf das engste verbunden ist mit dem Geldwert, und daß das Valutaprogramm die Kernfrage ist, die untersucht werden muß. Auf diese Tatsache macht auch das Internationale Arbeitsamt im ersten Band seiner „Erhebung über die Produktion“ aufmerksam. Folgende Zahlen zeigen sehr deutlich die gegenläufige Bewegung von Preisen und Valuta.

Land	Indexzahlen	Jahre			
		1913	1914	1915	1920 (Juni)
Deutschland . . .	Preis	100	68,88	220,29	678,67
	Valuta	100	97,42	74,98	11,56
Vereinigte Staaten	Preis	100	99	128	209
	Valuta	100	99,22	100,88	105,80
Frankreich . . .	Preis	100	102,5	189,6	653
	Valuta	100	100,14	88,59	45,14
Italien . . .	Preis	100	95,1	180,7	613,9
	Valuta	100	100,1	80,50	33,51
Großbritannien und Irland . .	Preis	100	100,6	160,1	537,7
	Valuta	100	99,6	98,6	86,01

Für das Jahr 1913 ist also als Normalsiffer 100 angenommen. Es läßt sich nun trefflich beobachten, wie in den folgenden Jahren der Geldwert gesunken und das Preisniveau gestiegen ist. Um günstigsten stehen die Vereinigten Staaten, die bei stabilen Geldwert nur eine relativ geringe Preissteigerung aufzuweisen haben. Was die europäischen Nationen angeht, so lassen sich drei Klassen unterscheiden: eine valutastarke Unterklasse, zu der Deutschland und die in der Tabelle nicht genannten osteuropäischen Staaten gehören; eine Mittelklasse, die durch den Kurs- und Preisstand Frankreichs und Italiens gekennzeichnet wird; endlich eine Oberklasse, bestehend aus Großbritannien und den nicht erwähnten neutralen nördlichen Ländern. Wahrhaftig ein wirtschaftliches Chaos! Innerhalb des alten Erdteils sind Valuten und Preise der einzelnen Volkswirtschaften grundverschieden voneinander, und Europa insgesamt betrachtet, zeigt eine Unterwertigkeit aller seiner Valuten gegenüber dem amerikanischen Dollar, der, König aller Währungen, seine Position sogar verbessert hat. Damit wird auch die Weltwirtschaftslehre verunsichert: mangelnde Kaufkraft in Europa, übermäßig hoher Geldwert in Uebersee!

Zündholzgeschäfte.

Die Höchstpreise für Zündhölzer sind aufgehoben. Es lebe die freie Wirtschaft! Sie hat damit begonnen, daß die Preise nicht gefallen sind, im Gegenteil, in gewissen knapp versorgten Teilen des Reiches machen sich sogar schon Preissteigerungen bemerkbar. Dabei berichtet die „Deutsche Zündwaren-Zeitung“, daß sämtliche Fabriken mit voller Ausnutzung ihrer betriebstechnischen Mittel arbeiten und daß zurzeit keine Absatzmöglichkeiten bestehen. Selbst die großen Aktiengesellschaften seien nicht in der Lage, alle Aufträge prompt zu erledigen. Die Zündholzindustrie selbst heute durchaus nicht etwa unter schlechten Preisen; sie sind auch nicht durch allzu große Vorräte bedrückt und die Einfuhr von Auslandsmarken ist unmöglich. Die Zündholzindustrie-Gesellschaft, die unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums steht, hat aber in Hamburg 23 000 Kisten Auslandszündhölzer liegen. Auch nur ein teilweiser Abfluß dieser Mengen in den deutschen Verbrauch würde eine wesentliche Verbilligung der Zündhölzer schaffen, ohne daß dadurch die Hochkonjunktur der deutschen Zündholzindustrie gefährdet würde. Nur der doch sicher sehr mangelnde Zuland trägt ein, daß die Zündholzfabrikanten nicht mehr Hauspreise nehmen könnten. Jetzt hat nun der Verein deutscher Zündholzfabrikanten an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, in der darum ersucht wird, von den in Hamburg lagernden 23 000 Kisten einen großen Teil in das Ausland auszuführen.

Wir erwarten vom Reichswirtschaftsrat und auch vom Reichswirtschaftsministerium, daß sie hier, wo sie die Möglichkeit haben, die Preisbildung zu beeinflussen, schleunigst eingreifen und die Zündholzpreise durch zeitweiliges Öffnen der Reserverlager in Hamburg auf ein anständiges Maß zurückbringen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Reparationen und die Angestellten.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Kurt Heine in einer recht gut besuchten Versammlung der Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten. Er führte im wesentlichen aus:

Wir leben gegenwärtig in einer weltwirtschaftlichen Krise, wie sie in gleichem Umfang noch nicht dagewesen ist. Die weltwirtschaftliche Produktionsmaschinerie wurde während des Krieges größer als der Bedarf von heute ist notwendig, weil die Kaufkraft der Massen in Europa ständig gesunken ist. Die unentbehrlichen Lebensmittel sind dauernd teurer geworden, die entbehrlichen Existenzmittel sind im Preise gesunken. Die Mehrheit der Bevölkerung hat kaum soviel Einkommen, die unentbehrlichen kaufen zu können. Deutschland ist im weitesten Sinne Schuldenstaat geworden und wird im Weltmarkt schlechter behandelt, als alle anderen Staaten der Erde. Man sagt, Deutschland habe mit seinen Waren seiner schlechten Valuta wegen einen Vorsprung, deswegen müsse man sich durch Errichtung von Zollmauern gegen die Konkurrenz schützen.

Nach einer Darstellung der Generalkommission sind die Löhne in Deutschland von 1914 bis 1920 um das neunfache, die Lebenskosten aber um mehr als das fünfzehnfache gestiegen. In Frankreich liegen die Dinge ähnlich, doch nicht in dem Ausmaß, wie in Deutschland. Die Löhne sind dort, wenn man 1914 gleich 100 annimmt, auf 270 bis 345, die Lebenshaltung ist auf 558 gestiegen. In England standen im Frühjahr Löhne und Lebenshaltung in ungefähre gleicher Höhe.

Als die Regierung Fehrenbach-Simons die Forderungen der Entente als unerfüllbar ablehnte, brach ein patriotischer Begeisterungszug aus. Der „Erfolg“ war die Sanktionen und das Ultimatum mit höheren Forderungen, die wir nun zu erdulden, bezogen zu vergleichen haben. Für den kommenden Herbst muß zur Bezahlung der Lasten eine grundlegende Umgestaltung der Reichsteuern stattfinden, die nach ihrer endgültigen Gestaltung unsere zukünftige Existenz bestimmen wird. Die Hoffnungen, mit deutschen Kräften in Frankreich die Reparationen zu bewirken, dort den Wiederaufbau zu bewerkstelligen, haben sich leider bisher nicht verwirklicht. Die Industriellen und Kapitalisten in Frankreich wollen keine deutschen Arbeitskräfte. Bei der Wiedergutmachung sind die Warenlieferungen eingeschränkt, man will Geld. Die Auswirkung war die Steigerung des Dollars. Selbst Frankreich konnte in Amerika nicht mehr kaufen, weil die dortige Ware zu teuer wurde. Und Amerika kann seine teuren Waren nicht mehr exportieren. Deshalb hat man uns geflöhelt, auch in anderen Wägen Zahlung zu leisten. Bei den Wiedergutmachungen in Waren durch den freien Handel ist zu beachten, daß die von Deutschland zu liefernden Waren von Frankreich nicht angerechnet werden, als sie in Frankreich kosten. Über welchen Preis soll die Regierung den deutschen Lieferanten zahlen? Notwendig sei, Preisregelungen festzulegen, etwa nach englischen Kriensarundfäden, nämlich die Selbstkosten plus 10 Prozent Zuschlag. Hieran haben auch die Handelsagenten ein besonderes Interesse. Und sie haben andererseits so Staatsbürger zu beachten, daß die Allgemeinheit nicht zugunsten der Industrie zu stark belastet wird.

Man hört heute aus den Kreisen der Rechtsparteien oft die Redensart: Hättet ihr das Ultimatum nicht angenommen, so bräuhet ihr heute höheren Steuern zu zahlen. Jetzt hat aber selbst Herr Heine öffentlich erklärt, daß die Ablehnung des Ultimatus die völlige Vernichtung Deutschlands bedeutet hätte.

Nur eine gesunde Durchbildung des Steuerprogramms kann die weitere Entwertung der Papiermark verhindern und die drohende weitere Verschlechterung der Lebenshaltung verhindern. Je größer die Entwertung des Geldes, desto höher müssen sich die Steuern gestalten. Reichsminister Genosse Schmidt hat mit vollem Recht einen Unterschied gemacht zwischen Papiergeldvermögen und Vermögen, die Goldwerte darstellen. Wer Vermögen in Goldwerten besitzt, zahlt sehr viel weniger als der Arbeiter an Steuern, wenn er nur mit dem gleichen Prozentsatz herangezogen werde. Doch in der Steuerfrage eine andere Regelung eintreten muß, hat selbst das Stimmorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, anerkannt, indem sie sagte, daß das Rotopfer gar nicht in den Besitz der reichen Leute einzureifen habe. Der einzelne gangbare Weg sei hier eine geordnete Bestimmung über die Goldwerte. Statt fabelhafte Summen in Papierwerten die die Entente zu zahlen. Allerdings könne auch in Papierwerten noch ein gewaltiger Ausgleich geschaffen werden, wenn man den Leuten, die das Reich bei der Steuerzahlung ganz systematisch betrüben, mehr auf den Leib rücken würde. Sorgen wir dafür, daß Jemand da ist, der diese Leute endlich zum Sturz zwingt. (Lebhafter Beifall.)

Am den Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache.

Tagung der Eisenbahnbeamten.

Am 28., 29. und 30. Juli 1921 fand in Erfurt der Sachtag der Reichsgewerkschaft der nichttechnischen Eisenbahnbeamten und deren Anwärter (rund 60.000 Mitglieder) statt. Nach Erstattung des Geschäftsberichts und nach einem ausführlichen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Schuldt (Dem.) über den Reichstagsentwurf, das Befoldungsgesetz und über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage gelangten folgende Entschlüsse zur Annahme:

1. Der Sachtag der Reichsgewerkschaft IV der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten legt gegen die Absicht der Verwaltung (Direktionen, Ämter und Dienststellen), die Dienstzeit über durchschnittlich täglich acht Stunden hinaus zu verlängern, indem man Dienstbereitschaftspausen einfügt, während welcher das Personal zwar auf dem Posten verbleiben muß, planmäßig aber nicht tätig zu sein braucht, schärfste Verwahrung ein, weil hierdurch der normale Arbeitstag in verletzelter Weise durchbrochen wird. Jede Dienstbereitschaft ist als Dienst zu werten; als Pausen können nur solche angesehen werden, während welcher das Personal frei über sich verfügen, den Posten und das Bahngelände verlassen kann. Die Vertreter auf dem Sachtag erklären, in gewerkschaftlicher Solidarität und Treue Schulter an Schulter mit den anderen Gewerkschaftsmitgliedern und mit allen Mitteln gegen die verlaufener Dienstbereitschaftspausen und Verlängerung der Dienstzeit sich zu wehren.

Die Reichsgewerkschaft hat unsere volle Unterstützung in diesem sozialen Kampfe. Wir stellen das Verlangen, daß die Reichsgewerkschaft sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln in diesen sozialen Kampf einsetzt.

2. Die zum Sachtag der Reichsgewerkschaft IV in Erfurt anwesenden Vertreter aus allen Gauen Deutschlands fordern mit Rücksicht auf die kommende Brotverteuerung, die ganz naturgemäß eine allgemeine Teuerung nach sich ziehen muß, eine allgemeine Gehaltserhöhung. Das Grundgehalt muß erhöht und das Unrecht der Staffelung der Teuerungsauslagen nach Dienstklassen beseitigt werden. Wir fordern, daß Reichsgewerkschaft und Deutscher Beamtenbund wegen Zahlung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe von 5000 M. nochmals sofort vorkommen werden.

Die Spitzenorganisation in Gemeinschaft mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Afa, haben durch Maßnahmen dafür zu sorgen, daß eine weitere Verschärfung der Massen infolge der kommenden Teuerung verhindert wird. Eine weitere Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch direkte und indirekte Abgaben muß verhindert und bei der kommenden Lastenverteilung die tragfähigen Kreise des Volkes reiflos herangezogen werden. Die Vertreter des Sachtags sind bereit, falls es zum Kampfe kommen sollte, mit aller Kraft hinter der Reichsgewerkschaft zu stehen. In alle Kollegen im ganzen Reich rufen wir die dringende Aufforderung, ruhigen Mutes und mit höchstem Eifer die Entwicklung der Dinge zu beobachten, ihre ganze Kraft für die Stärkung der Organisation einzusetzen und alles zu vermeiden, was zu einer Trennung und Zersplitterung führt. Nur durch Einigkeit und Geschlossenheit können wir die kommenden schweren Wirtschaftskämpfe siegreich durchfahren. Darauf erfolgte die Vorstandswahl. Zum 1. Vorsitzenden wurde Otto Gehe-Regdeburg gewählt.

Die Elektrizitätsarbeiter und Sülts Tod. Ende Juli beschäftigte sich eine Vollversammlung der Arbeiterschaft der Elektrizitätswerke Groß-Berlins mit der Untersuchung im Falle Sülts. Die Besprechung führte zur Annahme der nachstehenden Entschlüsse:

Die Vollversammlung der Elektrizitätsarbeiter stellt fest, daß das Verfahren gegen den Räder Sülts seit Monaten schwebt und nicht einmal zur Anklageerhebung gekommen ist. Sie erhebt aus diesem Verfahren, daß die Berliner Staatsanwaltschaft den Prozeß mit allen Mitteln zu verschleppen sucht. Sie erhebt gegen diese Art von Klassenjustiz den schärfsten Protest und erklärt, daß sie nach wie vor daran festhalten muß, daß dieser Prozeß sofort in die Wege geleitet wird.

Durch die freiwilligen Verhandlungen hat auch die Untersuchungskommission durch den Mund des Gewerkschaftssekretärs Palmershaus ausgesprochen, daß es sich um einen vorbedachten Mord handelt.

Die Vollversammlung beauftragt daher die Organisationen und die Gewerkschaftskommission sofort beim Untersuchungsrichter vorstellig zu werden und Auskunft über den Stand des Prozesses zu verlangen.

Weiter werden die Organisationen und die Gewerkschaftskommission beauftragt, binnen 14 Tagen eine neue Vollversammlung einzuberufen, um Bericht über die Verhandlungen zu geben.

Die Vollversammlung behält sich vor, nach der Berichterstattung durch die Gewerkschaften und Gewerkschaftskommission weitere Schritte zu unternehmen.

Vor dem Generalfreist im Elsaß?

Die städtische Vermittlungskommission in dem Lohnkonflikt der oberelsässischen Textilindustrie ist, wie die Dema aus Rülshausen meldet, ergebnislos verlaufen, da die Industriellen zu der gemeinsamen Besprechung keinen Vertreter entsandten, sondern schriftlich erklärten, auf ihrem Entschluß zu beharren, d. h. die bedingungslose Anerkennung der 50prozentigen Reduktion der Teuerungszulage zu fordern. Innerhalb der Gewerkschaften wird deshalb für die Proklamation des Generalfreist im oberelsässischen Streikgebiet eifrig geworden.

Zur Lohnbewegung der Buchdrucker. Eine Versammlung der Druckerbesitzer des Bergischen Landes besaßte sich u. a. mit der untröstlichen Lohnbewegung im Buchdruckererwerbe, die bereits in Köln zu einem 14wöchigen Streik geführt hat. Daß die Buchdrucker-Gehilfenschaft auch in Elberfeld-Barmen die durch die zuständige Tarifkommission vor etwa 10 Monaten getroffenen Vereinbarungen, die bis Anfang Oktober Gültigkeit haben, ablehne, wurde bedauert und der Hoffnung Ausdruck gegeben, es möge nicht zum Tarifbruch seitens der Gehilfenschaft kommen. Einmütig wurde erklärt, daß eine Regelung der Lohnfrage außerhalb und gegen die tarifliche Instanz nicht in Frage kommen könne. Die Versammlung will in der Abwehr der aus der Ablehnung der Forderungen der Gehilfenschaft sich ergebenden Schwierigkeiten geschlossen vorgehen.

Die Lohnbewegung unter den Hamburger Verkehrsarbeitern. In einer Versammlung der Verkehrsarbeiter wurde einstimmig der Einigungsvorschlag des Schlichtungsausschusses auf Gewährung einer Teuerungszulage von 70 Mark für den Monat August und 90 Mark ab 1. September als nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend abgelehnt. Gleichzeitig wurde beschloffen, den Schlichtungsausschuss um die Einleitung neuer Einigungsverhandlungen zu ersuchen, da alles versucht werden soll, bevor zu dem folgenschweren Schritt der Stilllegung des Verkehrs geschritten wird. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der verlangt wird, daß die Einigungsverhandlungen bis zum Sonnabend beendet sind, damit die zu Beginn der nächsten Woche stattfindende Vollversammlung dann zu einem etwaigen neuen Einigungsvorschlag Stellung nehmen kann.

Lohnbewegung der Postbeamten in Hamburg. Die drückende Notlage der unteren Postbeamten wurde in einer stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus eingehend erörtert und betont, daß die unteren Postbeamten kaum 600 M. im Monat verdienen. Die Entschließung fordert u. a. eine Entschuldigsumme von mindestens 2000 M. Im übrigen schließt sich die Verlammlung den Forderungen der Hamburger Beamtengruppen an. Falls die Verhandlungen erfolglos bleiben sollten, würden die Postbeamten auch auf vor einem Streik nicht zurücktreten. Es wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, um die Forderungen bei den maßgebenden Stellen in Berlin energisch zu vertreten.

Streik in der Braunschweiger Metallindustrie. In der Braunschweiger Metallindustrie ist ein Lohnstreik im Gange. Auspersperungen sind für kommenden Sonnabend angekündigt.

Kündigung des Lohnvertrages in der Frankfurter Metallindustrie. Im Hinblick auf die schon seit geraumer Zeit eingetretene Verteuerung zahlreicher Nahrungsmittel hat die Frankfurter Dreiserwerkung des Metallarbeiterverbandes nach einer U.-Rede den mit dem Verband der Frankfurter Metallindustriellen abgeschlossenen Lohnvertrag ab 1. August gekündigt. Der Tarif läuft Ende dieses Monats ab.

Aus dem Ostrauer Kohlenrevier. In dem Kohlenrevier Mährisch-Odra ist neuerdings eine lebhaft Spannung eingetreten, da die Vertreter der Arbeiterschaft beschloffen haben, den Tarifvertrag nach Ablauf der dreiwöchigen Frist mit allen vereinbarten Zulagen zum 1. November zu kündigen. Damit steht in der slowakischen Kohlenindustrie ein neuer Streik bevor.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist der zwischen dem Norddeutschen Textilarbeiterverband E. V. Berlin und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund am 2. Mai 1921 abgeschlossene Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 2. Juli 1920 für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Februar 1921. — Kaufmännische Angestellte, welche in dieser Branche tätig sind und noch nicht das tarifmäßige Gehalt beziehen, werden ermahnt, sich an den Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Textil, Bekleidung, Leder, Belle-Alliance-Straße 7/10, zu wenden.

Zur Auspersperung in der Zigaretten-Industrie. Zwischen den Hauptverbänden der in der Zigaretten-Industrie tätigen Gewerkschaften findet heute eine äußerst wichtige Besprechung über die Lage in der Berliner Zigaretten-Industrie statt. Ueber das Ergebnis derselben wird Freitag, nachmittags 4 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25, den Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes Bericht erstattet. Die Abschließung der Kontrollkarten findet für diesen Tag in der Versammlung statt.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, Tabakbranche. Versammlung sämtlicher Kolleginnen und Kollegen aus den Zigarettenfabriken, sowohl der ausgeperrten als der in Arbeit stehenden, am Freitag, den 3. August, nachmittags 4 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25.

Deutscher Transportarbeiterverband (Röhren- und Umgehend). Sonnabend, 7. Uhr, bei Silppeschl. Köpenick, Schönfelder Str. 5. Allgemeine Versammlung. Mitgliedsbuch kontrolliert.

Deutscher Metallarbeiterverband. Gemeindefe Delegierte und Vertrauensleute! Sonnabend, abends 10 Uhr, Plinierstr. 21/22. Sehr wichtige Sitzung.

Deutscher Metallarbeiterverband, Berlin 11. Freitag, den 5. August, abends 7 Uhr, im Rind-Ausschnitt, Frankfurter Allee 113. Mitglieder-Versammlung.

Zentralverband der Angestellten. Wahlberechtigungskarte zur Kommunalwahl am 3. August sind ab Sonnabend im Ortsbureau, Belle-Alliance-Straße 7-10, und in der Zweigstelle, Kammandantenstr. 6/64, erhältlich. Einzelne Formulare werden in den Zahlstellen des Zentralverbandes der Angestellten ab Montag, den 1. d. M., ausgegeben. Wir empfehlen den Angestelltenvereinigungen, die Wahlformulare für die Betriebsabteilung von uns direkt abzuholen.

Gewerkschaftsleiter Kowames. Montag, 7 1/2 Uhr. Sprechstunde bei Hents.

Weiterbericht bis Sonnabend mittags: Zeitweise heiter bei wenig neubereiter Temperatur, im Küstengebiet leicht, abwärts fortschreitende Regenfälle, im Binnenlande meist trocken.

Bericht für den reiften Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Knäseln: Th. Glode, Berlin; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hornmühl-Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, circa 1 Belfage.

Laxin-Konfekt
 Ärztlich empfohlen bei
 Darmträgheit, Hämorrhoiden.

für Herren- u. Damen-Bekleidung
 „Aparie Neuhelten“ Verkauf meterweise
Stoffe Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstraße 20-21

HEGAR ZIGARETTEN

Fabrik
 Berlin N 37.
 Telefon:
 Nord. 10799

Besonders günstiges Angebot für Hosen! Gültig einige Tage!

Herren-Hosen	aus solidem, gestreiftem Buckskin M. 55,	40 ⁰⁰
Herren-Hosen	in schönen Kammgarnstreifen M.	72 ⁰⁰
Herren-Hosen	Friedensqualität, sehr haltbar, in modernen Streifen M.	87 ⁰⁰
Herren-Hosen	aus Kammgarn und Cheviot, in aparten geschmackvollen Streifen M. 200, 150, 120,	98 ⁰⁰
Herren-Hosen	aus la Tuchkammgarn und Satin M.	220 ⁰⁰
Sport-Hosen	Breechesform, aus Loden, Hemspann oder Cheviot M. 150, 125,	98 ⁰⁰
Manchester-Hosen	lang oder Breechesform M. 175,	150 ⁰⁰
Herren-Hosen	in Trikotgewebe M.	125 ⁰⁰
Militär-Hosen	feldgrau, haltbare Qualität M. 100, 95,	85 ⁰⁰

Arbeits-Hosen	aus feldgrauem, Ia reinleinenem Dreil, eisenfeste Qualität M.	48 ⁰⁰
Herren-Sommerhosen	a. grau, grün, od. khaki-farb. Stoff, einfache od. Breechesform von M.	66 ⁰⁰
Tennis-Hosen	aus reinwollenem, weissem Flanel M.	198 ⁰⁰
Jünglings-Hosen	in Mustern und Qualitäten des Herrenhosen entsprechend von M.	38 ⁰⁰
Knaben-Stoffhosen	aus starkem Buckskin von M.	30 ⁰⁰
Knaben-Waschhosen	aus blauem Leinengewebe, von M.	19 ⁵⁰
Knaben-Turnhosen	aus sehr gutem, weissem Körper, von M.	18 ⁰⁰
Wasch-Joppen	in grosser Auswahl, in glatten und Sportfasonen anfangend von M.	50 ⁰⁰
Gummimäntel für Damen	in sehr guter Qualität u. modernst. Ausführung M.	250 ⁰⁰

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN
 Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge